

1 Beschluss des SPD-Parteivorstands, 18. Februar 2019

2

3 Leitantrag des SPD-Parteivorstands
4 für den Europa-Konvent am 23. März 2019

5

6

7

8 **KOMMT ZUSAMMEN**

9 **UND MACHT**

10 **EUROPA**

11 **STARK!**

12

13 **#EUROPAISTDIEANTWORT**

14 Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019

15

1	Übersicht	
2	I. Einleitung	3
3	II. Für ein Europa, das zusammenhält	5
4	1. Europas soziales Versprechen einlösen – Vorrang für soziale Grundrechte	6
5	2. Konzerne besteuern – Steuerkriminalität und Steuerdumping beenden	7
6	3. Gleichwertigere Lebensverhältnisse und menschlichere Haushaltspolitik	8
7	III. Einen Kontinent der guten Arbeit schaffen	9
8	1. Gute Löhne in Europa durchsetzen	10
9	2. Mitbestimmung stärken, Wohlstand sichern	10
10	3. Arbeitnehmerfreundliche Gestaltung der Digitalisierung der Arbeit	11
11	IV. Freiheit schützen und auf die Jugend bauen	12
12	1. Demokratie verteidigen und sichern	13
13	2. Perspektiven schaffen, Austausch fördern und Jugendarbeitslosigkeit beenden	14
14	3. Eine europäische Identität durch Kultur fördern	15
15	V. Weiter Vorwärts mit der Gleichstellung	16
16	1. Lohnlücke und Rentenlücke schließen	16
17	2. Mehr Frauen in Führungspositionen	17
18	3. Mehr Respekt, Recht auf sexuelle Identität und Gleichberechtigung	17
19	4. Gewalt gegen Frauen stoppen	18
20	VI. Für ein Europa des nachhaltigen Fortschritts und mehr Lebensqualität	18
21	1. Wirtschaft der Zukunft gestalten	19
22	2. Digitalisierung für alle	20
23	3. Europa zur führenden Innovationsregion der Welt machen	21
24	4. Datenschutz und Verbraucherschutz stärken	21
25	VII. Umwelt schützen und Mobilität fördern	22
26	1. Klima schützen und saubere Energie sichern	23
27	2. Die Zukunft der Mobilität europäisch regeln	24
28	3. Umwelt schützen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern	25
29	VIII. Friedensmacht Europa stärken	26
30	4. Mit fairer Handelspolitik Globalisierung sozial gestalten	28
31	5. Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik humanitär und solidarisch	29
32	IX. Mehr Vertrauen in Europas Demokratie und Institutionen	30
33	1. Ein starkes Europäisches Parlament	30
34	2. Die europäische Öffentlichkeit stärken und Teilhabe an der Demokratie fördern	31

1 I. Einleitung

2 Die europäische Idee bleibt der bedeutendste politische und zivilisatorische Fortschritt des
3 vergangenen Jahrhunderts: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, wirtschaftliche
4 Zusammenarbeit und politische Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg. Ein lang
5 anhaltender Frieden auf unserem von Jahrhunderten der Kriege erschütterten Kontinent. Die
6 europäische Idee ist die Antwort auf die großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft.

7 Der Zusammenhalt Europas ist keine Selbstverständlichkeit. Er ist ein Erfolg der Frauen und
8 Männer, die nach den grausamen Erfahrungen der beiden Weltkriege, der nationalen
9 Überhöhung und dem Schüren von Hass auf andere Länder und Menschen, den Mut und die
10 Kraft gehabt haben, das Trennende zu überwinden und gemeinsam an einem anderen,
11 friedlichen und vereinigten Europa zu arbeiten. Auch die friedliche Revolution, an deren Ende
12 die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stand, war ein riesiger Schritt der
13 europäischen Integration.

14 Doch der Zusammenhalt ist gefährdet. Grundpfeiler, die ihn stützen sind brüchig geworden: Im
15 Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre sind Zweifel am europäischen
16 Wohlstandsversprechen gewachsen. Immer noch überwiegen die wirtschaftlichen Interessen
17 der Konzerne zulasten der sozialen Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Und als in den
18 vergangenen Jahren viele Schutzsuchende nach Europa kamen, ist es nicht gelungen, die
19 eigenen Werte der Freiheit, Solidarität, der Humanität und des Schutzes in eine überzeugende
20 gemeinsame Politik zu übersetzen.

21 Mittlerweile handeln einige Staaten der Europäischen Union immer unverhohlener im
22 eklatanten Widerspruch zu den freiheitlichen und demokratischen Grundprinzipien, die in den
23 europäischen Verträgen verankert sind. Populisten, Rechte und neue Nationalisten stellen sich
24 frontal gegen den europäischen Einigungsgedanken, wollen Europa schwächen und damit das
25 Rad der Geschichte zurückdrehen. Das versuchen auch Feinde des europäischen
26 Zusammenhalts außerhalb Europas für sich zu nutzen.

27 Wichtiger als je zuvor sind darum heute Klarheit in der Überzeugung, Mut im politischen
28 Handeln und die Bereitschaft, Europas Zusammenhalt und Einheit zu verteidigen und zu stärken.
29 Sprachlosigkeit angesichts der Herausforderungen und die Visionslosigkeit einer reinen
30 Sparpolitik sind keine Antworten auf die Zukunftsfragen Europas.

31 Wir brauchen Europa, um die großen Zukunftsaufgaben erfolgreich zu bewältigen: Durch
32 gemeinsame europäische Zukunftsinvestitionen in unsere gemeinsamen öffentlichen Güter.
33 Durch Schaffung echter sozialer Grundrechte mit fairen Regeln und starken Rechten für
34 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Verbraucherschutzrechten, gerade auch in Zeiten
35 der Digitalisierung und des ökologischen Wandels. Durch eine dem Frieden und der Abrüstung
36 verpflichteten europäischen Außenpolitik. Durch eine Nachbarschaftspolitik, die den Staaten
37 und Regionen südlich und östlich der EU faire Angebote zur Zusammenarbeit macht. Durch
38 eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, die Europas Werten der Freiheit und Humanität
39 entspricht. Durch eine Politik, die es schafft, immer noch entfesselte Finanzmärkte zu
40 bändigen. Und durch eine Politik, die aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen
41 den Klima- und Umweltschutz konsequent verstärkt.

42 Wir wollen ein Europa, in dem die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien auch
43 nach dem absehbaren Brexit eng und partnerschaftlich sind. Großbritannien verlässt zwar die
44 EU, bleibt aber ein wichtiges und starkes Land in und für Europa. Wir setzen uns für die
45 Erweiterung der EU um die Staaten des Westbalkans ein, sobald sie die festgelegten Kriterien
46 erfüllen, denn nur eine europäische Perspektive bringt dauerhaften Frieden und Stabilität für

1 diese krisenanfällige Region. Die südliche und östliche Nachbarschaft der EU wollen wir durch
2 eine immer engere Zusammenarbeit in ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen
3 Entwicklung unterstützen, auch weil wir als EU selbst ein großes Interesse an einer stabilen
4 Nachbarschaft haben.

5 Wir wollen Impulse für mehr europäische Solidarität geben und die politische und soziale
6 Integration Europas weiter vorantreiben. Ein starkes Europa liegt im ureigenen Interesse
7 Deutschlands: Um wirtschaftliche Ungleichgewichte und soziale Ungleichheiten in Europa
8 abzubauen. Um mehr Möglichkeiten für gesellschaftlichen Austausch zu schaffen, gerade für
9 junge Menschen. Um die Demokratie und den europäischen Parlamentarismus zu stärken. Wir
10 sind bereit, in den Zusammenhalt Europas zu investieren, weil Investitionen in ein starkes
11 Europa die beste Grundlage für eine gute Zukunft auch in Deutschland sind.

12 Dafür brauchen wir jetzt Tempomacher, die bei immer mehr Projekten mutig voranschreiten
13 und die anderen Partnerinnen und Partner durch Erfolge überzeugen. In diesem Sinne wollen
14 wir das in den Verträgen angelegte Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit konsequenter
15 nutzen und weiterentwickeln. Es geht dabei nicht um die Verfestigung eines Kerneuropas.
16 Denn die Tempomacher sind keine geschlossene Gesellschaft, je nach Projekt können ganz
17 unterschiedliche Gruppen zusammenfinden. Vor allem die Eurozone muss jetzt Tempo
18 machen. Wir wissen, unsere Vision eines starken Europas ist ehrgeizig, wir müssen
19 Widerstände überwinden. Es gibt politische Kräfte, für die Europa nicht die Antwort ist,
20 sondern die ihr Heil in der Rückkehr zu Egoismus und Nationalismus suchen.

21 Wir laden alle ein, sich diesen Kräften entgegenzustellen und mit uns für ein Europa des
22 Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Demokratie zu streiten.

23 Kommt zusammen! Es geht um viel. Gemeinsam machen wir Europa besser -sozial,
24 demokratisch und frei.

1 II. Für ein Europa, das zusammenhält

2 Unser Europa ist in Gefahr. Wir sehen alle die Fliehkräfte und Bedrohungen, denen es
3 ausgesetzt ist: Den Angriffen Russlands auf das Völkerrecht und die Staatensouveränität
4 benachbarter Staaten. Dem Egoismus von „America First“ und dem nicht nur wirtschaftlichen
5 Chauvinismus des US-amerikanischen Präsidenten. Einem China, das uns weismachen will,
6 dass auch ohne Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der geldwerte Wohlstand
7 erstrebenswert ist. Auch im Inneren zerren der Rechtspopulismus und der Nationalismus an
8 der Einheit der Europäer und Europäerinnen, die sich gemeinsam geschworen haben, nie
9 wieder gegeneinander ins Feld zu ziehen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
10 wissen: „Nationalismus bedeutet Krieg!¹“.

11 Aber wir gemeinsam können dafür sorgen, dass Europa auch in Zukunft zusammenhält.
12 Gemeinsam können wir den Nationalismus besiegen. Der Zusammenhalt ist der Schlüssel um
13 Zukunftsängste, Unruhen und krisenhafte Entwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten zu
14 bekämpfen. Er kommt nicht von selbst. Zusammenhalt in Europa setzt Verständigung voraus.
15 Wir dürfen uns nicht ausschließlich von unseren kurzfristigen vermeintlichen nationalen
16 Interessen leiten lassen. Gerade Deutschland muss immer auch den Ausgleich zwischen den
17 Mitgliedstaaten und den Zusammenhalt des Ganzen im Auge haben.

18 Es gilt das alte soziale Versprechen Europas einzulösen, auf das die Bürgerinnen und Bürger
19 schon so lange warten. In den letzten Jahren haben sie häufig das Gegenteil eines sozialen
20 Europas erlebt. Statt eines kalten und neoliberalen Europas, bei dem die Schwachen unter die
21 Räder kommen, wollen wir ein modernes und solidarisches Europa in dem technischer und
22 gesellschaftlicher Fortschritt Hand in Hand gehen, wo wirtschaftliche Dynamik und
23 ökologische Vernunft zusammengehören, wo Bildungs- und Berufschancen für die Jüngeren
24 nicht gegen eine auskömmliche Rente für die Älteren ausgespielt werden, wo es einen
25 Wettbewerb um die besten Innovationen für die Realwirtschaft gibt, nicht einen Wettbewerb
26 um die schädlichsten Steuervermeidungsmodelle, die riskantesten Finanzkonstruktionen oder
27 schlechtesten Arbeitsbedingungen. Es ist ein Irrglaube, dass durch reines Sparen und den
28 Rückzug des Staates breite Teile der Bevölkerung oder gar alle profitieren.

29 Wir können gemeinsam dafür sorgen, dass alle Unternehmen endlich einen anständigen
30 Beitrag für die Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Sie sollen Steuern zahlen, wie es sich
31 gehört. Wenn das kleine Café an der Ecke ein Vielfaches mehr an Steuern zahlt als eine große
32 Starbucks-Filiale, dann stimmt etwas nicht im System. Gleichzeitig fehlen den Mitgliedstaaten
33 zu oft die Mittel für bessere Schulen oder im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für
34 funktionierende Sozialsysteme oder eine moderne, den Bedürfnissen der Menschen
35 ordentliche öffentliche Infrastruktur. All das kostet Geld. All das soll durch die Allgemeinheit
36 finanziert werden. Deshalb darf sich niemand durch Trickereien, Schlupflöcher oder Straftaten
37 seiner Verantwortung entziehen. Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss endlich auch
38 angemessen besteuert werden und seinen Teil für die Gesellschaft leisten. Das gilt für alle,
39 auch für die digitalen Großkonzerne.

40 Ein Zusammenwachsen der Völker Europas setzt eine schrittweise Angleichung der
41 Lebensbedingungen voraus – in Deutschland ebenso wie in Finnland oder Griechenland, in
42 Portugal wie in Polen. Es geht darum, dass die Bürgerinnen und Bürger konkret erleben, dass
43 Europa sie schützt und ihnen hilft, ein gutes und sicheres Leben zu führen. Dafür brauchen wir
44 eine europäische Haushaltspolitik, die dem Menschen dient, ein Europa, in dem alle Konzerne

¹ „Le nationalisme, c’est la guerre“, François Mitterand in seiner letzten Rede vor dem Europäischen Parlament am 17. Januar 1995 in Straßburg.

1 endlich ihren fairen Anteil an Steuern zahlen und damit ihren angemessenen Beitrag für das
2 Gemeinwohl leisten.

3 **1. Europas soziales Versprechen einlösen – Vorrang für soziale Grundrechte**

4 Die praktische Geltung der sozialen Grundrechte hat in Europa nicht Schritt gehalten mit der
5 gelungenen wirtschaftlichen Integration. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, treten wir
6 für eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten ein. Erst
7 wenn die sozialen Rechte den Grundfreiheiten der EU gleichstehen, können europäische
8 Gesetze nicht mehr zu Sozialabbau und Einschränkung der Mitbestimmung führen.

9 Was wir machen:

- 10 ■ Die 2017 proklamierte Europäische Säule der **sozialen Grundrechte werden mit einer**
11 **verbindlichen europäischen Sozialagenda umgesetzt und mit Leben erfüllt.** Im
12 Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 sollen die nötigen finanziellen Mittel vorgesehen
13 werden, um eine europäische Sozialpolitik für die Bürgerinnen und Bürger auch erfahrbar
14 zu machen.
- 15 ■ **Mindestlöhne gegen Armut und solide Grundsicherung in Europa.** Deshalb wollen wir einen
16 Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale
17 Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten durchsetzen. Dies ist das Herzstück der im
18 November 2017 proklamierten Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR). Kein Vollzeit-
19 Lohn in der Europäischen Union soll unter der nationalen Armutsschwelle liegen.
20 Funktionierende nationale Lohnfindungsmechanismen und nationale Systeme der
21 Mindestlohnsetzung gilt es zu erhalten. Die EU-Mitgliedstaaten müssen mittel- bis
22 langfristig das Schutzniveau ihrer Arbeitslosen-, Renten- und
23 Krankenversicherungssysteme angleichen. Die Annäherung an ein hohes
24 Sozialschutzniveau für alle wird die Nachfrage stabilisieren und Europas Volkswirtschaften
25 krisenfester machen. In einem ersten Schritt streben wir hierzu eine Ratsempfehlung für
26 faire Mindestlöhne und soziale Mindestsicherung an.
- 27 ■ **Einführung eines europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von**
28 **Sozialleistungen.** Er wird in guten Zeiten von allen Mitgliedstaaten gefüllt. Während einer
29 Beschäftigungskrise können sie hieraus Kredite beanspruchen, um mit dem Geld ihre
30 Arbeitslosenversicherungen zu unterstützen – damit nicht in der schwierigen Zeit die
31 Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden müssen. Nach der Krise führen sie das Geld
32 zurück in den Fonds. Dauerhafte Transfers sind damit nicht verbunden, wie es sich in einer
33 fairen Versicherung gehört.
- 34 ■ **Mit der europäischen „Kindergarantie“ führen wir ein Instrument ein, um Kinderarmut zu**
35 **beenden.** Im Europäischen Parlament konnten wir mit dafür sorgen, dass hierfür
36 zusätzliche Mittel in Höhe von 5,9 Milliarden Euro beschlossen wurden. Hierdurch wollen
37 wir allen Kinder den Zugang zu Bildung, eine gute Gesundheitsversorgung und den Zugang
38 zu guten Nahrungsmitteln zukommen lassen.
- 39 ■ Mit einem **europäischen Masterplan Inklusion verbessern wir die Teilhabe von Menschen**
40 **mit Behinderung** am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Wir wollen ein einheitliches
41 europäisches Behindertenrecht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention.
- 42 ■ **Die öffentliche Daseinsvorsorge sichern und fördern wir,** insbesondere im Bereich Wasser.
43 Gemeinwohlinteressen haben Vorrang. Dazu müssen die EU- Vergaberegeln neu gewichtet
44 werden, durch die auch Tariftreue und die Einhaltung der Rechte der Arbeitnehmerinnen
45 und Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Die Möglichkeit interkommunaler

1 Zusammenarbeit und Inhousevergaben müssen grundsätzlich aus dem Wettbewerb
2 herausgehalten werden.

- 3 ■ Die europäischen sozialen Grundrechte verlangen, dass sozial schwächeren Menschen der
4 **Zugang zu Sozialwohnungen oder qualitativer Wohnungsbeihilfe** gewährt wird. Hierfür
5 wollen wir die nationalen Akteure zusammenbringen und einen europäischen Austausch
6 organisieren.

7 **2. Konzerne besteuern – Steuerkriminalität und Steuerdumping beenden**

8 Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss angemessen besteuert werden und seinen fairen
9 Anteil für die solidarische Gesellschaft leisten. Das gilt auch für die digitalen Großkonzerne in
10 Europa. Schluss mit dem Wettlauf um die niedrigsten Unternehmersteuern zwischen den
11 Mitgliedsstaaten. Schluss mit Wettbewerbsverzerrung auf Kosten des Allgemeinwohls.

12 Was wir machen:

- 13 ■ **Die unterschiedlichen Körperschaftssteuern werden angeglichen.** In Europa soll eine
14 gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei den
15 Unternehmen eingeführt werden. Hierzu haben Deutschland und Frankreich gemeinsam
16 die Initiative ergriffen und einen Vorschlag vorgelegt. Wir wollen diese Regelung
17 gemeinsam mit unseren europäischen Partnern EU-weit einführen.
- 18 ■ **Mindeststeuersätze werden eingeführt.** Wir müssen ein Mindestniveau der Besteuerung
19 vereinbaren und so sicherstellen, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der
20 Staatsaufgaben leisten. Damit ziehen wir eine untere Grenze ein, um den
21 Steuerwettbewerb nach unten zu unterbinden.
- 22 ■ **Die digitale Wirtschaft wird gerecht besteuert.** Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal,
23 dass sich vor allem die Internetgiganten noch immer einer gerechten Besteuerung
24 weitgehend entziehen. Auch die digitalen Unternehmen müssen ihren Beitrag zur
25 Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Diese sind weltweit aktiv und verschieben ihre
26 Gewinne häufig in Niedrigsteuerländer. Das wollen wir beenden und bis Ende 2020 eine
27 globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen einführen. Gleichzeitig treiben wir
28 eine europäische Lösung voran – für den Fall, dass die internationale Lösung nicht zu
29 erreichen ist. Den gemeinsamen deutsch-französischen Vorschlag für eine Besteuerung der
30 digitalen Wirtschaft ab dem 1. Januar 2021 wollen wir zügig in Europa umsetzen. Dafür
31 streiten wir jetzt und im nächsten Europäischen Parlament. Die Frage der
32 Steuergerechtigkeit wird ein Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft im 2.
33 Halbjahr 2020.
- 34 ■ **Der Kampf gegen Steuerflucht wird verschärft** durch automatische Meldepflichten für
35 Banken, das Einfrieren verdächtiger Guthaben und verbesserte Strafverfolgung gegen
36 Steuerhinterziehung.
- 37 ■ **Mehr Handlungsfähigkeit in Steuerfragen – lähmendes Einstimmigkeitserfordernis**
38 **abschaffen.** Der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze muss aufhören. Damit Europa in
39 Steuerfragen gerechter wird, soll künftig die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs im
40 europäischen Rat entscheiden. Die Lähmung durch einzelne Mitgliedstaaten die nur ihre
41 Pfründe sichern wollen, muss aufhören.
- 42 ■ **Die Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Steuerbetrug durch Banken und**
43 **Beratungsagenturen werden konsequenter verfolgt.** Die kriminelle Praxis, sich mit »Cum-
44 Ex« und »Cum-Cum«-Geschäften oder ähnlichen Gestaltungen auf Kosten der ehrlichen

1 Steuerzahler Vorteile zu erschleichen, muss effektiver verfolgt und schärfer bestraft
2 werden. Wir wollen dazu eine Sondereinheit wie in Großbritannien aufbauen, die effektiv
3 gegen Steuerbetrug vorgeht und Steuerhinterziehung konsequent verfolgt.

4 ■ **Vermeidung von internationaler Steuergestaltung.** Wir sind für die Transparenz in
5 Steuerfragen. Seit Mitte letzten Jahres werden die länderbezogenen Berichte (sog. Country-
6 by-Country Reports) zwischen den Steuerverwaltungen automatisch ausgetauscht. Damit
7 können die Steuerverwaltungen konsequent gegen Gewinnverlagerungen vorgehen und
8 die Firmen dort besteuern, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Hierbei muss die
9 Europäische Kommission einbezogen werden.

10 ■ **Finanztransaktionssteuer einführen.** Seit 2010 steht das Thema Finanztransaktionssteuer
11 in Europa auf der Tagesordnung, insbesondere auf Druck unserer sozialdemokratischen
12 Fraktion im Europaparlament. Es wird daher höchste Zeit, dass bestehende Blockaden
13 überwunden werden und wir diese Gerechtigkeitssteuer endlich durchsetzen. Wir haben
14 zusammen mit Frankreich einen neuen Anlauf unternommen. Wir wollen eine
15 Finanztransaktionssteuer nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer in
16 der EU einführen. Mit der Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien
17 machen wir den ersten Schritt. Die Einnahmen dieser Steuer sollen der EU zufließen und die
18 nationalen Beiträge im EU-Haushalt senken. So würde die Steuer auch für die Länder
19 interessant, die selbst kaum Erträge aus einer solchen Steuer erzielen.

20 3. Gleichwertigere Lebensverhältnisse und menschlichere Haushaltspolitik

21 Jeder Mitgliedstaat und jede Region soll nach Kräften dafür sorgen, dass es den Bürgerinnen
22 und Bürger gut geht. Gleichzeitig unterstützen sich die Mitgliedstaaten untereinander durch
23 mehr Solidarität für gleichwertigere Lebensbedingungen in ganz Europa. Das Kaputtsparen vor
24 allem zu Lasten des sozialen Zusammenhalts werden wir beenden. Zukunftsinvestitionen und
25 die Konsolidierung von öffentlichen Haushalten dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt
26 werden.

27 Was wir machen:

28 ■ Die **finanziellen Mittel für die Angleichung der Lebensbedingungen werden gesichert u.a.**
29 durch die neu zu schaffenden Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer. Gleichzeitig
30 wird die Effektivität der Kohäsionspolitik erhöht.

31 ■ **Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit,** um gemeinsam mit
32 unseren europäischen Partnern nach dem Brexit die Zukunftsfähigkeit der Europäischen
33 Union zu sichern und den Ausbau der Europäischen Öffentlichen Güter zu befördern, was
34 wiederum die nationalen Haushalte perspektivisch entlastet.

35 ■ **Ein gemeinsames Budget der Euro-Länder soll für mehr Investitionen sorgen,** die
36 erforderlichen Produktivitätssteigerungen und Anpassungen der Wettbewerbsfähigkeit
37 befördern und die Stabilität der Eurozone sichern. Aus einem solchen Eurozonenhaushalt
38 sollen die Mittel auch und gerade in Schwächephasen zur Stabilisierung zur Verfügung
39 stehen.

40 ■ **Die Interessen der Städte und Kommunen werden besser berücksichtigt.** Das betrifft vor
41 allem den Schutz der Daseinsvorsorge, den Erhalt von starken und handlungsfähigen
42 Kreditgebern für die Wirtschaft vor Ort sowie die Berücksichtigung kommunaler Interessen
43 bei der Gestaltung der künftigen Kohäsionspolitik.

- 1 ▪ **Den Euro stark halten und Mitgliedsstaaten früher und entschlossener helfen**, wenn sie
2 unverschuldet in eine Krise zu rutschen drohen. Dafür werden wir den Europäischen
3 Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF)
4 weiterentwickeln, damit er künftig früher helfen kann und nicht erst, wenn die Krise da ist,
5 mit hohen politischen, ökonomischen und sozialen Kosten. Niemand weiß, wann die
6 nächste Wirtschaftskrise Europa oder die Welt erschüttert. Deshalb müssen wir uns
7 vorbereiten.
- 8 ▪ **Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nirgendwo in Europa mehr für Bankenpleiten
9 bezahlen.** Eine Bankenkrise darf nicht wieder zu einer Staatsschuldenkrise werden. Hierfür
10 werden wir die fatale Kopplung zwischen Staaten und Banken weiter auflösen. Dazu
11 werden wir die Bankenunion weiter vertiefen und u.a. eine gemeinsame Letztsicherung für
12 den Bankenabwicklungsfonds schaffen.

13 III. **Einen Kontinent der guten Arbeit schaffen**

14 Europa ist wirtschaftlich erfolgreich. Das ist vor allem dem Fleiß und den Fähigkeiten der
15 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verdanken. Sie sind es, die den Erfolg tagtäglich mit
16 ihrer Arbeit hervorbringen. Gemeinsam können wir es schaffen, dass jede und jeder in Europa
17 sicher sein kann, dass wer arbeitet, von seinem Lohn auch gut leben kann. Wir wollen, dass es
18 funktionierende Sozialsysteme gibt, die bei Jobverlust und Krankheit Sicherheit garantieren.
19 Dafür müssen wir viel tun. Innerhalb Europas herrschen weiterhin gravierende Unterschiede
20 bei der sozialen Absicherung der Beschäftigung. Auch hat sich die ungleiche Einkommens- und
21 Vermögensverteilung in den letzten Jahren weiter verschärft. Vor allem die Beschäftigten mit
22 niedrigeren Einkommen bekommen europaweit viel zu oft unter dem Strich weniger Lohn als
23 noch vor 20 Jahren. Viel zu oft werden Kolleginnen und Kollegen in Europa gegeneinander
24 ausgespielt, etwa durch systematische Tarif- und Mitbestimmungsflucht, durch Missbrauch
25 des Subunternehmertums oder Scheinselbstständigkeit. Das muss schnell korrigiert werden.

26 Arbeit muss angemessen entlohnt und der gemeinsam erarbeitete Wohlstand gerecht verteilt
27 werden. Wir wollen, dass soziale Sicherungssysteme EU-weit gestärkt und Löhne angehoben
28 werden. Dafür muss die Tarifbindung ausgebaut und wieder zum Normalfall werden. Davon
29 kann auch die Volkswirtschaft profitieren: Unternehmen mit hoher Tarifbindung sind im
30 Durchschnitt erfolgreicher, produktiver und haben eine stabilere Beschäftigungslage.

31 Die Digitalisierung ist dabei, die Arbeitswelt grundlegend zu verändern. Sie ist dann eine
32 enorme Chance für gute Arbeit, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet und die
33 Dividende gerecht verteilt wird. Bestehende Berufsqualifikationen dürfen nicht entwertet,
34 sondern müssen durch Weiterbildung und Qualifizierung für die Zukunft genutzt werden. Vor
35 allem dürfen durch den technologischen Fortschritt keine Rückschritte bei den Rechten der
36 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerinnen entstehen. Wir wollen keine digitalen
37 Tagelöhnerinnen und Tagelöhner, die nur auf Abruf arbeiten können. Wir haben den
38 Achtstundentag 1918 eingeführt. Zum Schutz der Beschäftigten werden wir ihn heute
39 verteidigen. Die Entgrenzung der Arbeit und eine fortwährende Erreichbarkeit der
40 Beschäftigten lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für eine klar geregelte Flexibilität dort
41 ein, wo sie den Beschäftigten und dem Unternehmen gleichermaßen zu Gute kommt und die
42 Chancen der Digitalisierung für Familienfreundlichkeit nutzt.

1. Gute Löhne in Europa durchsetzen

Niemand der in Europa Vollzeit arbeitet, darf arm sein. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen von ihrem Lohn gut leben können. Es muss Schluss damit sein, dass auf dem Rücken der Beschäftigten Lohn- und Sozialdumping betrieben wird. Gerade Frauen müssen endlich gerecht bezahlt werden. Um das zu erreichen brauchen wir klare Regeln für alle, starke Betriebsräte und Gewerkschaften.

Was wir machen:

- **Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifischer Mindestlöhne** in allen Mitgliedstaaten. Der Mindestlohn in Deutschland ist immer noch zu niedrig. Er soll steigen, um die Beschäftigten besser an den Produktivitätszuwächsen der letzten Jahre zu beteiligen und besser gegen Altersarmut zu schützen. In allen Mitgliedstaaten Europas sollen zudem Mindestlöhne geschaffen werden, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen.
- Ein europäischer **Standard für die Mindestvergütung soll die Situation von Solo-Selbstständigen** verbessern. Auch durch eine Mindestausbildungsvergütung und eine Möglichkeit gemeinsamer Absprachen gegen Unterbietungskonkurrenz soll das Machtgefälle zwischen Auftraggebern und -nehmern zugute Letzterer verschoben werden.
- Überall in Europa wird Frauen und Männern der **gleiche Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort** gezahlt. Die Sozialdemokratie hat dafür gesorgt, dass dieser Grundsatz eingeführt wurde. Jetzt setzen wir die europäische Entsenderichtlinie um und beziehen explizit auch das Transportgewerbe mit ein.
- **Stärken der Sozial- und Arbeitsschutzstandards in den EU-Mitgliedsstaaten.** Der Schutz der Beschäftigten soll durch die Festlegung allgemeingültiger Regeln für angemessene Arbeitsbedingungen sowie Gesundheit und Sicherheit verbindlich festgelegt werden. Dabei stellen wir sicher, dass das erreichte Niveau in Deutschland nicht gesenkt wird.
- **Verstöße gegen das Arbeitsrecht genauso hart ahnden wie Wettbewerbsverstöße.** Die bestehende Unwucht muss beendet werden. Zudem sollen Unternehmen, die systematisch das Arbeitsrecht brechen, künftig von Subventionszahlungen ausgenommen werden.
- Die **Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) wird zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping gestärkt.** Zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping führen wir eine europäische Sozialversicherungsnummer samt elektronischem Sozialversicherungsregisters ein. Die Behörden vor Ort bekommen endlich ein zusätzliches Instrument, um grenzüberschreitenden Sozialversicherungsmissbrauch und -betrug wirksam zu bekämpfen.

2. Mitbestimmung stärken, Wohlstand sichern

Wir brauchen ein faires Europa, das schützt. Das betrifft auch die Sicherheit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Einbeziehung der Gewerkschaften in Verhandlungen europäischer Gesetze müssen verbessert werden. Nur mit einer starken Stimme der Beschäftigten können wir die Unternehmen demokratischer machen vor allem, wenn sie innerhalb Europas ihre Firmensitze verlegen oder verschmelzen wollen.

Was wir machen:

- 1 ▪ **Maßnahmen gegen Mitbestimmungsflucht von Unternehmen:** Für alle Unternehmen
2 europäischen Rechts werden Mindeststandards zur Mitbestimmung geschaffen. Das gilt
3 besonders für die Europäische Aktiengesellschaft. Das gleiche gilt für die
4 grenzüberschreitende Verschmelzung von Unternehmen mit unterschiedlichen nationalen
5 Rechtsformen (bspw. Limited & Co. KG).
- 6 ▪ Die Tarifbindung wird dadurch gestärkt, dass **Tariftreue künftig besonders positiv im**
7 **Ausschreibungs- und Vergabeverfahren berücksichtigt** wird. Unternehmen, die als
8 Sozialpartner anständig bezahlen sollen nicht das Nachsehen haben gegenüber
9 denjenigen, die auf Kosten der Beschäftigten Lohndumping betreiben.
- 10 ▪ **Mehr Beratungs- und Informationsangebote für grenzüberschreitend tätige Beschäftigte.**
11 Starke Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann nur geltend machen, wer sie
12 auch kennt. Daher wollen wir Beratungs- und Informationsangebote für all jene fördern,
13 die in Europa von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen.
- 14 ▪ Die **Rechte der Europäischen Betriebsräte werden gestärkt.** Arbeitgeber und
15 Arbeitgeberinnen sollen mitstimmungspflichtige Maßnahmen solange nicht durchführen
16 dürfen, bis die vorgeschriebene Beteiligung der Interessenvertretung erfolgt ist.
- 17 ▪ Die **Gründung von europaweiten Jugend- und Auszubildendenvertretungen** werden
18 vorangebracht. In grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sollen Beschäftigte unter 18
19 Jahren und Azubis besser ihre Recht auf Information und Anhörung durch die
20 Unternehmensleitung wahrnehmen können.
- 21 ▪ Der soziale Dialog soll gestärkt und die **Sozialpartner besser in die europäischen**
22 **Gesetzgebungsprozesse eingebunden werden.** Vereinbarungen der Sozialpartner sollen
23 von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

24 **3. Arbeitnehmerfreundliche Gestaltung der Digitalisierung der Arbeit**

25 Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt grundlegend. Sie ist eine enorme Chance für
26 bessere Arbeit, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet wird. Ob die
27 „Digitalisierungsdividende“ nur Wenigen zu Gute kommt und den Druck auf dem Arbeitsmarkt
28 für die Mehrheit der Gesellschaft erhöhen wird, oder ob die Mehrheit davon profitiert, ist vor
29 allem eine Verteilungsfrage. Bestehende Berufsqualifikationen dürfen nicht entwertet,
30 sondern müssen durch Weiterbildung und Qualifizierung für die Zukunft genutzt werden. Vor
31 allem dürfen durch den technologischen Fortschritt keine Rückschritte bei den Rechten der
32 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen. Wir wollen keine digitalen Tagelöhnerinnen
33 und Tagelöhner, die nur auf Abruf arbeiten können. Die Entgrenzung der Arbeit und eine
34 fortwährende Erreichbarkeit der Beschäftigten lehnen wir ab. Gerade im Zeitalter der
35 Digitalisierung muss lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu
36 einer problemlos verfügbaren Selbstverständlichkeit des beruflichen Lebenswegs werden.

37 Was wir machen:

- 38 ▪ **Einen stärkeren Beschäftigtenschutz**, der dem Trend zum gläsernen und jederzeit
39 abrufbaren Angestellten einen Riegel vorschiebt. Propagierte Freiheit, Flexibilität und
40 Selbstbestimmung der neuen Arbeitsmodelle dürfen kein Synonym für immer
41 umfassendere Kontrollmaßnahmen und Leistungsanalysen werden, die durch zunehmende
42 Digitalisierung gefördert werden.

- 1 ▪ Den **Beschäftigtendatenschutz** wollen wir im Lichte neuer Herausforderungen der
2 Künstlichen Intelligenz, digital vernetzter Industrieproduktion und plattformgetriebener
3 Dienstleistungsarbeit europaweit modernisieren.
- 4 ▪ **Einen neuen Flexibilitätskompromiss**, der die Bedürfnisse von Arbeitgeberinnen und
5 Arbeitgebern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgleicht und die
6 gefundenen Lösungen sozial absichert. Arbeitszeit darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung
7 und ständiger Erreichbarkeit nicht entgleisen und braucht eine klare Regulierung. Jeder und
8 jedem muss das Recht auf Nichterreichbarkeit und das Recht auf Freizeit zustehen.
- 9 ▪ **Eine EU-Richtlinie zum Schutz von Beschäftigten auf Online-Plattformen**, um faire Lohn-
10 und Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt sicherzustellen. Wir dulden keine
11 schwarzen Schafe im Europäischen Binnenmarkt, die für den Profit Mindeststandards
12 unterlaufen, die andere einhalten. Wir setzen gleiche arbeits- und sozialrechtliche Regeln
13 für alle durch – egal ob online oder offline!

14 IV. **Freiheit schützen und auf die Jugend bauen**

15 Gemeinsam müssen wir verhindern, dass die Demokratie zu einer Diktatur der Mehrheit wird.
16 Wenn mit rechtspopulistischen parlamentarischen Mehrheiten der Kernbestand
17 demokratischer Grundprinzipien geschleift wird, muss die Europäische Union die
18 Rechtsstaatlichkeit schützen. Die Meinungs- und Pressefreiheit, die Gleichstellung der
19 Geschlechter, das Versammlungsrecht, die Unabhängigkeit der Justiz, die Freiheit und
20 Gleichheit der Wahl, Rechte Andersdenkender, der Schutz einer pluralen Zivilgesellschaft. Es
21 wird Zeit, dass Europa wehrhafter wird und nicht zaudert und zusieht, wie die Demokratie
22 ihren Feinden auch noch die Mittel liefert, sie letztendlich abzuschaffen.

23 Für Junge Menschen ist Europa kein fernes Projekt mehr, sondern eine Realität und ein
24 Lebensgefühl: Eine gemeinsame Währung, freies Reisen, Lernen, Studieren und Arbeiten,
25 Freundschaften schließen über alle Grenzen hinweg. Zu tausenden organisieren sie sich für ein
26 starkes, demokratisches und solidarisches Europa. Gemeinsam mit ihnen und für sie müssen
27 wir alle zusammenstehen und die Demokratie in Europa verteidigen. Auch morgen sollen
28 unsere Kinder in der Europäischen Union in der Gewissheit aufwachsen, in einer freien,
29 gerechten und solidarischen Welt zu leben, in der sie selbstverständlich ihren ganz
30 persönlichen Weg gehen können.

31 Zur Realität junger Europäerinnen und Europäer gehört auch: Nie war eine Generation besser
32 ausgebildet als heute. Noch nie waren die Grundvoraussetzungen so gut, auf ein gutes,
33 selbstbestimmtes Leben. Und doch ist Jugendarbeitslosigkeit heute in vielen Mitgliedsstaaten
34 weiterhin viel zu hoch. In Teilen Südeuropas ist das Ausmaß so verheerend, dass die
35 Zukunftschance einer ganzen Generation bedroht sind. Das Prinzip der Eigenverantwortung
36 der Mitgliedstaaten ist richtig. Aber wenn dies Prinzip so ausgelegt wird, dass Millionen von
37 jungen Menschen ihrer Perspektiven beraubt werden aufgrund einer globalen Finanzkrise und
38 Misswirtschaft der Vorgängergeneration mutiert das sinnvolle Prinzip der Eigenverantwortung
39 zu einer unerträglichen Belastung für eine ganze Generation, die dem europäischen Geist ganz
40 fundamental widerspricht. Deshalb muss Europa eine Antwort geben gegen die
41 Perspektivlosigkeit. Wenn für Banken in kurzer Zeit milliardenschwere Hilfsprogramme
42 aufgelegt werden konnten, dann muss das auch für die Jugend Europas möglich sein.

43 Wir wollen eine europäische Identität fördern, die bei den Europäerinnen und Europäern
44 stärker neben die Verbundenheit mit ihren Mitgliedstaaten und Regionen treten soll. Dafür ist
45 die gemeinsame Kultur ein wichtiger Motor. Wir wollen auch über Kultur, Bildung und den

1 Austausch zwischen unseren Gesellschaften erreichen, dass die Bedeutung dieses einmaligen
2 Projekts Europa für jeden Einzelnen und jede Einzelne deutlich spürbar, erlebbar und gestaltbar
3 wird. Wir wollen ein Europa, das für die Bürgerinnen und Bürger da ist, das Freiraum,
4 Kreativität und Ideen für alle ermöglicht. Deshalb können wir es nicht zulassen, dass in Europa
5 Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen, von
6 Künstlerinnen und Künstlern systematisch einschränken. Demokratie kann ohne eine plurale,
7 kreative und kritische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

8 **1. Demokratie verteidigen und sichern**

9 Die demokratischen Grundrechte gelten in ganz Europa. Kaum sonst auf der Welt werden sie in
10 einem vergleichbaren Ausmaß geschützt. Aber sie stehen zusehends unter Druck. Wir wollen
11 sie verteidigen und für die Zukunft sichern.

12 Was wir machen:

- 13 ■ **Weniger Geld für Mitgliedstaaten, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien**
14 **missachten.** Europa muss seine Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und
15 Rechtsstaatlichkeit besser schützen. Bestehende Verfahren gegen zuwider handelnde
16 Mitgliedstaaten funktionieren nur unzureichend. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben
17 der Europäischen Kommission für einen Mechanismus, der Mitgliedsstaaten bei Verstößen
18 gegen rechtsstaatliche Standards die Zuwendungen aus dem EU-Haushalt spürbar kürzt.
19 Dabei ist klar: Es werden die nationalen Regierungen sanktionieren und nicht die
20 Empfängerinnen und Empfänger von EU-Geldern.
- 21 ■ **Jugendsolidarität in Europa:** Wir wollen das Europäische Solidaritätskorps als
22 Nachfolgeprogramm des Europäischen Freiwilligendienstes stärken und mehr jungen
23 Menschen die Teilnahme an dem Programm ermöglichen.
- 24 ■ Offene Grenzen reichen nicht aus. Die **Bewegungsfreiheit junger Menschen muss**
25 **konsequent, gezielt und sozial gerecht unterstützt werden.** Für einen besseren Austausch
26 zwischen jungen Menschen müssen das Bildungs- und Jugendförderprogramm Erasmus+
27 und der Europäische Solidaritätskorps (früher europäischer Freiwilligendienst)
28 bedarfsgerecht ausgestattet sein und strukturell ausgebaut werden.
- 29 ■ **Um unsere Freiheit und unsere Demokratie zu sichern,** ist eine engere Kooperation der
30 Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene dringend notwendig. Die Innen- und
31 Sicherheitspolitik müssen wir noch stärker europäisch denken. Ob Terrorismus, Cybercrime
32 oder Einbrüche – die Kriminalität endet nicht an den nationalen Grenzen. Um die
33 Menschen besser schützen zu können, müssen wir daher Strukturen und den
34 gemeinsamen Austausch verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass das Europäische
35 Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ECTC) mehr Kompetenzen erhält. Außerdem
36 brauchen wir eine europäische Strategie für Cyber-Sicherheit, die die Fragmentierung in
37 diesem Bereich verringert und Sicherheitsstandards verbessert. Für den Fall dass nicht alle
38 Mitgliedstaaten sich hieran beteiligen können oder wollen, werden wir die Möglichkeit der
39 verstärkten Zusammenarbeit nutzen.
- 40 ■ **Mehr Begegnungen schaffen durch Förderung von Städtepartnerschaften.** Die
41 völkerverständigende Kraft von kommunaler Partnerschaftsarbeit ist historisch. Wir wollen
42 sie finanziell besser unterstützen, damit nicht nur reiche Kommunen es sich leisten können
43 ihre Partnerschaften zu pflegen.

1 ▪ **Die öffentlich-rechtlichen Medien stärken.** Sie sind der Garant für freie Meinungsbildung
2 und -vielfalt. Sie gewährleisten Unabhängigkeit und den Schutz von
3 Minderheiteninteressen. Wir wollen öffentlich-rechtliche Medien stärken.

4 **2. Perspektiven schaffen, Austausch fördern und Jugendarbeitslosigkeit beenden**

5 Wir wollen jungen Menschen ein wichtiges Signal geben, um das Vertrauen in ihr Europa zu
6 stärken. Dafür starten wir einen Europäischen Jugendplan: Es geht um die Jugendgarantie für
7 berufliche Zukunftschancen. Dabei steht die Bekämpfung der viel zu hohen
8 Jugendarbeitslosigkeit im Zentrum unserer Bemühungen. Es geht darum den Austausch mit
9 anderen jungen Europäerinnen und Europäern zu fördern – für alle, nicht nur für Studierende.
10 Schließlich geht es uns darum, der Jugend Europas den freien Zugang zu einer gemeinsamen
11 Kultur zu ermöglichen. Auch für ältere Bürgerinnen und Bürger schaffen wir ein Angebot, denn
12 Europa soll für alle Generationen erlebbar sein.

13 Was wir machen:

- 14 ▪ **Ein Sofortprogramm, das jeder und jedem unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz**
15 **garantiert** und damit eine berufliche Perspektive eröffnet. Hierfür werden wir die Mittel für
16 die Jugendgarantie deutlich aufstocken. Nur so kann das europäische Versprechen gehalten
17 werden, allen jungen Menschen unter 25 Jahren in vier Monaten konkrete Angebote für
18 ihre berufliche Zukunft zu machen, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre
19 Ausbildung abgeschlossen haben.
- 20 ▪ **Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit sollen bis zum 30. Lebensjahr** ermöglicht
21 werden. Wir wollen, dass noch mehr junge Menschen in den Berechtigtenkreis von
22 Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit kommen.
- 23 ▪ Einführung eines **europäischen Korridors für eine Mindestausbildungsvergütung.**
24 Bezugspunkt sind vor allem die Lebenshaltungskosten in den jeweiligen Mitgliedstaaten.
- 25 ▪ **Die duale Ausbildung auch in Europa stärken.** Dafür ist eine Verständigung über
26 Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung notwendig. Diese beinhalten u.a. die
27 Ausbildungsdauer für das Erlernen eines Berufes, die Art und Weise der Kooperation
28 unterschiedlicher Lernorte wie Betrieb und Berufsschule und einen abgesicherten
29 rechtlichen Status der Auszubildenden.
- 30 ▪ **Bildungsabschlüsse europaweit besser anerkennen.** Junge Europäerinnen und Europäer
31 sollen in der ganzen Europäischen Union ihren Weg gehen können. Wir wollen, dass
32 Bildungsabschlüsse in allen Mitgliedstaaten selbstverständlich und unbürokratisch
33 gegenseitig formal anerkannt werden. Trotz aller Verbesserungen bestehen immer noch
34 Schwierigkeiten, die Unsicherheit und ungerechtfertigte Mobilitätshindernisse bedeuten.
35 Deshalb ist unser Ziel eine standardmäßige automatische Anerkennung von
36 Qualifikationen.
- 37 ▪ **Ein einheitlicher europäischer Studiausweis.** Für Studierende, die in unterschiedlichen
38 Mitgliedstaaten studieren wollen, beseitigen wir damit bürokratische Hindernisse und
39 ersparen ihnen aufreibende Behördengänge. Zudem wollen wir ein starkes
40 Gemeinschaftsgefühl der Studierenden in Europa fördern.
- 41 ▪ **Erasmus für alle!** Wir wollen, dass mehr junge Menschen die Möglichkeit bekommen, durch
42 Austauschprogrammen den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen.
43 Alle Europäerinnen und Europäer bis 25 Jahre sollen eine Fördermöglichkeit bekommen.

1 Dafür wollen wir das sehr gute Programm Erasmus+ mit mehr Mitteln ausstatten und vor
2 allem auch für Azubis und sozial benachteiligte junge Menschen öffnen.

- 3 ▪ Wir wollen die **Bologna-Konferenz zu einer Europäischen Hochschulkonferenz**
4 **weiterentwickeln**. Diese soll konkrete Maßnahmen vereinbaren, um im Europäischen
5 Hochschulraum die Wissenschaftsfreiheit zu sichern, Bildungsteilhabe zu verwirklichen
6 sowie mehr Mobilität, Austausch und Vergleichbarkeit zu ermöglichen.
- 7 ▪ **Einführung eines „Jugend-Check“ auf europäischer Ebene**. Wir wollen ein Prüf- und
8 Sensibilisierungsinstrument, das die Auswirkungen geplanter Gesetzesvorhaben auf junge
9 Menschen sichtbar macht. Bei allen Gestaltungsprozessen unserer Gesellschaft sind die
10 Belange junger Menschen künftig obligatorisch zu berücksichtigen und mitzudenken.

11 **3. Eine europäische Identität durch Kultur fördern**

12 Europa ist für uns eine kulturelle Vielfalt. Die Kultur- und Medienförderung der Europäischen
13 Union ergänzt die Kultur- und Medienpolitik der Mitgliedsstaaten. Sie fördert ihre kulturelle
14 Vielfalt und vermittelt zugleich den Wert einer europäischen Identität. Wir wollen die
15 europäische Kulturpolitik insbesondere dahingehend weiter stärken, dass sie die kulturelle
16 Vielfalt für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erlebbar und erfahrbar macht.

17 Was wir machen:

- 18 ▪ **Ein "Europäischer Kulturscheck" für Jugendliche**: Wir wollen, dass junge Menschen kritisch
19 Denken, ihre eigenen Ideen entwickeln. Der Zugang zu Kultur hilft, um unabhängig und
20 kreativ denken zu können. Deshalb wollen wir vor allem für sozial benachteiligte
21 Jugendliche mit einem Gutschein-System den Zugang zu Kultureinrichtungen erleichtern.
- 22 ▪ Mit der **Fortsetzung des erfolgreichen Programms „Kreatives Europa“ bis 2027** möchten
23 wir die grenzüberschreitende europäische Kultur weiter fördern. Wir setzen uns daher für
24 die Verdopplung der Projektmittel ein. Nicht zuletzt wollen wir den Kulturanteil im EU-
25 Haushalt insgesamt deutlich steigern.
- 26 ▪ **Soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern in ganz Europa**: Nach dem Vorbild
27 der deutschen Künstlersozialkasse sollen Mindeststandards für ein Unterstützungssystem
28 vereinbart werden, um Armut und prekäre Lebensverhältnisse im Alter für Künstlerinnen
29 und Künstler zu verhindern.
- 30 ▪ Die **Buchpreisbindung schützen, sie ist nicht verhandelbar**. Sie ist in vielen Mitgliedstaaten
31 die Gewähr für ein vielfältiges Literaturprogramm, das nicht nur auf Bestseller verkürzt
32 wird. Sie sichert qualitativen Wettbewerb zwischen kleinen Buchläden auch auf dem Land
33 mit monopolistischen Verkaufsplattformen im Internet.
- 34 ▪ **Schutz und Erhalt der kulturellen Identität, des kulturellen Erbes und eine aktive**
35 **Geschichtspolitik**. Hierzu starten wir eine europäische Strategie auch mit Blick auf die
36 Brüche in der Geschichte Europas und zur Aufarbeitung europäischer Kolonialgeschichte,
37 um sie zu vermitteln und für die Zukunft daraus zu lernen.
- 38 ▪ **Das Goethe-Institut soll sich strukturell gegenüber europäischen Partnern und der**
39 **Zivilgesellschaft weiter öffnen** und neue Knotenpunkte gemeinsam mit Institutionen der
40 Gastländer aufbauen. Auch mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten
41 Halbjahr 2020 setzen wir auf den Beitrag von Kultur und Bildung.

1 V. Weiter Vorwärts mit der Gleichstellung

Mädchen und Frauen bestimmen selbstüber ihren Lebensweg - frei von Gewalt, Sexismus und Diskriminierung. Lange Zeit hat Europa das Tempo vorgegeben für die Gleichstellung von Frauen. Heute formieren sich in vielen Mitgliedsstaaten konservative und rechtspopulistische Kräfte gegen eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik und Frauenrechte. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass es keine Rolle rückwärts gibt und es mit der Gleichstellungspolitik weiter vorwärts geht. Hierfür muss Gleichstellung wieder eine strategische Priorität in Europa werden. Daher fordern wir eine Fortsetzung der 2015 ausgelaufenen Gleichstellungsstrategie. Dazu gehören nicht nur spezifische Ziele, Maßnahmen und Sanktionen, sondern auch die konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Bereichen. Denn unser Ziel bleibt eine aktive Gleichstellungspolitik und die Wahrung der Frauenrechte. Sie gehören zu den Grundwerten der Europäischen Union und zum Grundpfeiler der europäischen Identität.

Das gleiche gilt für die Rechte und die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und queeren Personen. Auch hier sind gesellschaftliche Errungenschaften des Respekts, der Anerkennung und der Gleichstellung in Gefahr. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, die überall in Europa nicht nur auf dem Papier, sondern in der politischen und gesellschaftlichen Praxis gewahrt sein müssen. Niemand darf vorschreiben, wie ein Mensch zu sein und auszusehen hat oder mit wem jemand in Partnerschaft zusammenleben will.

1. Lohnlücke und Rentenlücke schließen

Frauen müssen endlich den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit wie ihre männlichen Kollegen bekommen. Sie haben ein Recht auf die gleiche soziale Sicherheit. Auch muss die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf im 21. Jahrhundert in Europa eine Selbstverständlichkeit sein. Doch Frauen verdienen derzeit europaweit im Durchschnitt 16% weniger als Männer. Auch die Altersarmut ist weiblich: Frauen bekommen in Europa 39% weniger Rente als Männer. Diese Lücken zwischen Frauen und Männern müssen geschlossen werden. Eine faire und partnerschaftliche Aufteilung von Betreuungs- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen muss selbstverständlich sein.

Was wir machen:

- Das Prinzip des **gleichen Lohns für die gleiche und gleichwertige Arbeit** muss auch zwischen den Geschlechtern gelten.
- **Schließen der Lohn- und Rentenlücke** durch Vereinbarung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz, das die Einhaltung überwacht und Verstöße sanktioniert.
- Konsequente **Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Unser Ziel bleibt der echte Mentalitätswechsel, damit auch Pflege-, Haus-, und Betreuungsarbeit künftig partnerschaftlich und gerechter aufgeteilt werden. Dies wird auch dazu beitragen, die bestehende Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, damit Frauen und Männer zu gleichen Teilen am Erwerbsleben teilhaben und in allen Bereichen vertreten sind.
- **Männern und Frauen muss es möglich sein, flexible Arbeitszeiten zu beantragen**, um auf Änderungen in ihrer Lebenssituation zu reagieren.

1 2. Mehr Frauen in Führungspositionen

2 Frauen sind heute im Durchschnitt besser qualifiziert als Männer. Doch immer noch wird viel
3 zu oft verhindert, dass sie Führungs- und Leitungsverantwortung übernehmen können. Es ist
4 nicht hinnehmbar, dass sie nicht in gleichem Umfang wie ihre männlichen Kollegen in
5 Leitungsfunktionen arbeiten. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen in Vorständen und
6 Aufsichtsräten von Unternehmen und Institutionen immer noch eine kleine Minderheit sind.
7 Das werden wir ändern!

8 Was wir machen:

- 9 ■ **Beschluss einer EU-weiten Quote für Frauen in Aufsichtsräten.** Die hierzu 2012 vorgelegte
10 Richtlinie muss vom Europäischen Rat endlich verabschiedet werden.
- 11 ■ **Mehr Frauen im Europaparlament durch verbindliche Reißverschlussysteme** bei den
12 nationalen Listenaufstellungen. Nur wenn Frauen mitentscheiden, können auch
13 Entscheidungen getroffen werden, die Frauen und die Auswirkungen unterschiedlicher
14 Politiken auf Frauen im Blick haben. Wir fordern daher die Mitgliedstaaten und
15 Unionsorgane auf, dem Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter Rechnung zu tragen
16 und alle Parteien zu ausgewogenen Wahllisten zu verpflichten
- 17 ■ Die **paritätische Besetzung der Europäischen Kommission - gleiche Anzahl von**
18 **Kommissarinnen und Kommissaren.** Keine der Spitzenpositionen der EU darf davon
19 ausgenommen sein: Frauen und Männer müssen in allen europäischen Institutionen, in
20 allen Hierarchiestufen, gleichermaßen vertreten sein.

21 3. Mehr Respekt, Recht auf sexuelle Identität und Gleichberechtigung

22 Völlig egal mit welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität: Jeder Mensch
23 hat das universelle Recht auf Respekt, Anerkennung und ein Leben frei von Diskriminierung
24 und Gewalt. Die Gleichbehandlungsrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen,
25 Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) werden wir weiter stärken.

26 Was wir machen:

- 27 ■ Verabschiedung der europäischen Richtlinie von 2008, die Diskriminierung auch in den
28 Bereichen Sozialschutz, Bildung sowie Zugang zu und Versorgung mit Gütern und
29 Dienstleistungen verbietet (**5. Antidiskriminierungs-Richtlinie**).
- 30 ■ Eine **ehrgeizige EU-Gesetzgebungsagenda, die gleiche Rechte und Chancen garantiert** und
31 die LGBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein Gegengewicht gegen
32 „Anti-Propaganda“-Gesetze in einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt werden, die
33 Diskriminierung und Hass gegen LSBTIQ-Menschen befördern.
- 34 ■ **Strafverfolgungsbehörden überall in Europa sensibilisieren**, um ein konsequenteres
35 Vorgehen gegen Gewalt gegen Frauen sowie gegen Gewalt auf Grund von sexueller
36 Orientierung oder geschlechtlicher Identität vorgehen zu können.
- 37 ■ In allen Mitgliedstaaten muss in Asylverfahren gelten: Diejenigen, die in Europa Schutz
38 suchen, weil sie in ihrer Heimat aufgrund ihrer sexueller Orientierung oder
39 geschlechtlichen Identität verfolgt werden, **müssen grundsätzlich als Asylbewerber und**
40 **Asylbewerberinnen anerkannt werden.**
- 41 ■ **Geschlechtsanpassende Operationen sind in allen Mitgliedstaaten anzuerkennen.** Den
42 Zugang zu schnellen und transparenten Verfahren für die rechtliche Anerkennung der
43 Geschlechtszugehörigkeit muss gewährleistet sein.

- 1 ▪ **Wir verurteilen sogenannte "Reparativtherapien" oder „Konversionstherapien“ von**
2 **LSBTIQ-Personen** und setzen uns dafür ein, dass Menschen europaweit so aufgeklärt sind,
3 dass sie diesen nicht ausgesetzt werden.

4 **4. Gewalt gegen Frauen stoppen**

5 Die Diskussionen über #Metoo haben das erschreckende Ausmaß von sexualisierter Gewalt,
6 Übergriffen und Belästigungen gegenüber Frauen nicht nur in Europa öffentlich gemacht. Wir
7 wollen mehr Schutz von Mädchen und Frauen. Deswegen brauchen wir in Europa eine
8 gesellschaftliche Debatte über Geschlechterrollen und ihre Auswirkungen. Damit verbunden
9 benötigen wir mehr Präventionsmaßnahmen und die konsequente Verfolgung aller Formen
10 von Gewalt gegen Frauen sowie geschlechterbezogener Gewalt.

11 Was wir machen:

- 12 ▪ Die **Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** und
13 häuslicher Gewalt muss in allem Mitgliedstaaten ratifiziert und konsequent angewendet
14 werden.
- 15 ▪ Eine verbindliche **Strategie samt EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**
16 wird eingeführt.
- 17 ▪ Den Prozess der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für einen **verbindlichen Arbeits-**
18 **und Sozialstandard „Gewalt gegen Frauen und Männer am Arbeitsplatz“** wird unterstützt.
- 19 ▪ Verpflichtung der Europaabgeordneten den **Kodex für angemessenes Verhalten** zum
20 Schutz beispielweise vor sexueller Belästigung zu unterzeichnen. Wer diesen
21 Verhaltenskodex nicht unterzeichnet, kann von bestimmten Funktionen im Parlament
22 ausgeschlossen werden.
- 23 ▪ **Frauen werden konsequent an Friedensprozessen beteiligt** und in Kriegs- und Krisenfällen
24 auf nationaler und europäischer Ebene geschützt. Wie von den Vereinten Nationen im Jahr
25 2000 beschlossen, müssen Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen,
26 Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit einbezogen werden – nur so sind
27 nachhaltige Lösungen erreichbar.

28 **VI. Für ein Europa des nachhaltigen Fortschritts und mehr Lebensqualität**

29 Europa hat den größten gemeinsamen Wirtschaftsraum der Welt geschaffen und erfolgreich
30 damit begonnen, eine gemeinsame Währung einzuführen. Unsere Wirtschaft in Deutschland
31 ist stark, global wettbewerbsfähig und innovativ. Wir wollen für den ganzen Standort Europa
32 eine starke Wirtschaft, die Digitalisierung als Chance begreift und aktiv gestaltet, die gute
33 Arbeit schafft und faire Löhne zahlt. Eine Wirtschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen
34 Verantwortung stellt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt und respektiert. Dabei
35 zeigt sich, dass die auf Wettbewerb ausgerichteten ökonomischen Rahmenbedingungen zu tief
36 in die Gesellschaft hineinreichen. In immer mehr Lebensbereichen diktiert der Markt die
37 Regeln. Auch im Bereich unserer Daseinsvorsorge steht immer weniger der Mensch im
38 Mittelpunkt, sondern immer mehr die Profitmaximierung. Gemeinsam können wir diese
39 Entwicklung stoppen und umkehren. Wachstum darf nicht nur monetären Wohlstand
40 bedeuten, sondern auch zu einem Mehr an Lebensqualität führen.

41 Die Digitalisierung bietet das Potenzial, unseren Alltag angenehmer zu gestalten, Familie und
42 Beruf besser zu vereinbaren und Arbeit selbstbestimmter zu gestalten. Körperlich schwere
43 Arbeiten können an Roboter abgegeben werden, Krankheiten durch künstliche Intelligenz

1 früher und zuverlässiger erkannt, individuelle Bildung ermöglicht und ganz neue
2 Mobilitätskonzepte entwickelt werden. Die Entscheidungen darüber, wie wir zukünftig leben
3 und arbeiten, dürfen wir aber nicht den Investorinnen und Investoren aus dem Silicon Valley
4 oder autoritären Staaten wie China überlassen. Demokratie und Selbstbestimmung in der
5 digitalen Gesellschaft können nur durch intelligente und konsequente Regulierung und
6 massive europäische Investitionen in Zukunftstechnologien gesichert werden. Wer die
7 Grundrechte des Einzelnen auch morgen schützen will, der muss heute die Digitalisierung
8 gestalten.

9 In diesem Sinne muss der wissenschaftliche und technische Fortschritt ganz wesentlicher
10 Bestandteil der politischen Gestaltung unserer Zukunft sein. Sie muss zunehmend auf die
11 europäische Ebene gehoben werden, um global eine tragende Rolle übernehmen zu können.
12 Hierfür muss die Zukunft des Internets demokratisch gestaltet werden. Es kann nicht sein, dass
13 einige wenige privatwirtschaftliche und gewinnorientierte Digitalplattformen darüber
14 bestimmen, wie die digitalen Räume im Netz auszusehen haben. Gemeinsam können wir dafür
15 sorgen, dass Europa mit intelligenter Regulierung eine Vorreiterrolle spielt, die dann eine gute
16 Chance hat, die Basis für einen globalen Standard zu werden.

17 Spätestens der Datenskandal um *Cambridge Analytica* und Facebook hat uns vor Augen
18 geführt, wie persönliche Daten und unser Online-Verhalten für kommerzielle und politische
19 Zwecke missbraucht werden und wie selbst versucht wird, unser Wahlverhalten zu
20 manipulieren. Jedes Surfverhalten wird minutiös analysiert und jeder Schritt im Internet wird
21 verfolgt. Multinationale Unternehmen sammeln innerhalb von wenigen Sekunden eine Menge
22 persönlicher Daten über uns. Ohne dass es irgendjemand bemerkt, wissen sie mehr über uns
23 als wir manchmal über uns selbst. Gemeinsam können wir unsere Daten und auch uns als
24 Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor der Sammelwut und Marktmacht der großen
25 Konzerne schützen.

26 1. Wirtschaft der Zukunft gestalten

27 Wir brauchen ein handlungsfähiges Europa, das aktive Wirtschaftspolitik betreibt mit dem
28 Anspruch einer demokratischen, sozialen und ökologischen Steuerung. Die Herausforderungen
29 der Digitalisierung, Dekarbonisierung, Globalisierung und des demografischen Wandels dürfen
30 nicht allein dem Markt überlassen werden.

31 Was wir machen:

- 32 ■ **Wir legen verbindlich fest, was durch die freien Kräfte des Marktes zur Ware werden darf**
33 **und was nicht.** Die Bereitstellung öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher
34 Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (auch digitale Infrastruktur) kann
35 nicht allein dem Markt überlassen werden.
- 36 ■ Eine **aktive und strategische Industriepolitik.** Wir wollen mehr gemeinsame
37 industriepolitische Modellprojekte. Das AIRBUS-Konzept gilt uns als Referenz. Ein wichtiges
38 Feld für eine neue europäische Kooperation ist die Weiterentwicklung der
39 Wasserstofftechnologie zur marktfähigen Produktionsketten.
- 40 ■ Wir stärken die **Investitionen**, v.a. in den Bereichen, die einen echten europäischen
41 Mehrwert bringen, etwa im Bereich der Netzwerkindustrien.
- 42 ■ Wir schließen einen **Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen**
43 **Gebieten**, insbesondere in Ost- und Südosteuropa, nach dem Vorbild des Marshall Plans.

- 1 ▪ Europa muss treibende Kraft sein, die **Verflechtung des Welthandels sozial, ökologisch und**
2 **transparent zu gestalten.** Dazu benötigt es verbindliche Regelungen und eine Stärkung der
3 WTO. Europa soll weltweit ein Beispiel sein für freien und fairen Handel.
- 4 ▪ Europäische Firmen, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import ihrer Produkte
5 den Nachweis erbringen, dass sie die **Standards der Internationale Arbeitsorganisation**
6 (ILO) eingehalten haben.
- 7 ▪ Eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der
8 **Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum** unter politischer Führung eines
9 europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. Diese soll über das Europäische Parlament
10 legitimiert und kontrolliert werden.
- 11 ▪ **Ein europäisches Konzept gegen den Fachkräftemangel.** Wir brauchen für Unternehmen
12 wie für außereuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einheitliche und einfache
13 Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa. Das deutsche
14 Fachkräfteeinwanderungsgesetz könnte hierfür als Vorlage dienen.

15 2. Digitalisierung für alle

16 Die SPD will, dass alle vom digitalen Wandel profitieren. Im Zentrum der Digitalisierung muss
17 der Mensch stehen, das heißt die Bürgerinnen und Bürger Europas. Wir werden ihre
18 Souveränität, Freiheit und Sicherheit schützen und stärken. Technologie ist nie Selbstzweck,
19 sondern immer Instrument zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen.

20 Was wir machen:

- 21 ▪ **Daten für alle - digitale Monopole aufbrechen:** Google, Amazon und Facebook sind zu
22 Datenmonopolen mit unglaublicher Macht geworden. Wir werden den offenen Zugang zur
23 Nutzung von vollständig anonymisierten und nicht-personenbezogenen Daten in Europa
24 sicherstellen und verhindern, dass Datenschätze weiterhin von einigen Monopol-
25 Konzernen exklusiv verwertet werden. **Dafür verpflichten wir sie, ihre vollständig**
26 **anonymisierten und nicht-personenbezogenen Daten zu teilen und öffentlich zugänglich**
27 **zu machen.** Zudem werden wir Anreize für gemeinsame Datenpools schaffen, die es
28 Unternehmen ermöglichen, auf freiwilliger Basis Daten zu teilen.
- 29 ▪ **Offene Schnittstellen bei Bezahlungsfunktionen oder Sprachsteuerung von Zusatzgeräten.** Die
30 digitalen Großkonzerne haben sich eigene Bezahl- und Sprachsteuerungssysteme
31 geschaffen. Diese müssen offen sein für andere europäische Dienstleister, um den
32 Marktzugang zu erleichtern und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.
- 33 ▪ **Zugang zu schnellem Internet schaffen:** Wir wollen schnelles Internet für alle Bürgerinnen
34 und Bürger gerade auch in ländlichen Regionen. Die Investitionen müssen größtenteils aus
35 der Privatwirtschaft kommen – dafür schaffen wir entsprechende Investitionsanreize.
- 36 ▪ **IT-Sicherheit verbessern:** Die Verletzlichkeit der digitalen Gesellschaft ist groß. Wir werden
37 mit besserer Produkthaftung, Gütesiegeln und Ausbau der unabhängigen
38 Sicherheitsbehörden den Schutz erhöhen. Schwachstellen beim Schutz der europäischen
39 Industrie werden wir schließen und Cyberwaffen weltweit ächten.
- 40 ▪ **Gemeinwohl-orientierte Digitalisierungsförderung:** In der digitalen Gesellschaft müssen
41 zivilgesellschaftliche Stimmen die gleiche Geltung haben wie Stimmen der Wirtschaft. Um
42 das zu gewährleisten, schaffen wir eine europäische Einrichtung, die technologische
43 Lösungen zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme mit allen Akteuren organisiert.

1 3. Europa zur führenden Innovationsregion der Welt machen

2 Europa muss in der Forschung und Wissenschaft unabhängig sein von Drittländern und
3 Großunternehmen mit forschungspolitisch relevanter Monopolstellung. Das gilt besonders für
4 die Herausforderung der Digitalisierung. Und Europa muss stark darin werden, neue
5 Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung gemeinsam ebenso verantwortlich wie
6 zielgerichtet und zügig in soziale, kulturelle und ökonomische Innovationen umzusetzen.

7 Was wir machen:

- 8 ■ Einrichtung eines **Europäischen Innovationsrates (EIC) zur Förderung bahnbrechender**
9 **(disruptiver) Ideen und Konzepte**. Dabei muss die europäische Innovationsförderung den
10 sozialen sowie den gesamtgesellschaftlichen Einfluss neuer Produkte, Dienstleistungen
11 und Erkenntnisse berücksichtigen.
- 12 ■ **Mehr Geld für mehr Forschungsspitze und Forschungsbreite**: Deutschland investiert 3,5
13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung bis 2025. Wir wollen,
14 alle Mitgliedstaaten mindestens drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und
15 Entwicklung investieren. Dazu sollen die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene
16 zusammen mit der Europäischen Union zu verbindlichen Verabredungen kommen.
- 17 ■ **Stärkere Zusammenarbeit der europäischen Forschung im Bereich der künstlichen**
18 **Intelligenz (KI)** und systematische Förderung von Anwendungen, die den Menschen im
19 Arbeitsprozess aufwerten.
- 20 ■ **Aufbau europäischer Cloud-Anbieter**, die die Daten-Souveränität europäischer Bürgerinnen
21 und Bürger sowie der europäischen Unternehmen sicherstellen.
- 22 ■ **Förderung von europäischen Daten-Pools**, die es europäischen kleinen und
23 mittelständischen Unternehmen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglichen,
24 Technologien wie maschinelles Lernen und Big Data Analytics für sich zu nutzen.
- 25 ■ **Europäische Cloud für die offene Wissenschaft für Nutzerinnen und Nutzer aus der**
26 **Industrie und kleinen und mittelständischen Unternehmen schrittweise öffnen**. Angesichts
27 der Herausforderung etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz, sollen ihnen die
28 Forschungsdaten und die Dateninfrastruktur zur Verfügung gestellt werden.
- 29 ■ **Mehr Grundlagenforschung im Bereich der geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung**.
30 Sie ist unabdingbar für die Reflektion eines gemeinsamen europäischen gesellschaftlichen
31 Raumes. Bisher stagniert das vergleichsweise niedrige Budget für die Grundlagenforschung
32 im neuen Förderprogramm „Horizon Europe“.

33 4. Datenschutz und Verbraucherschutz stärken

34 Der Schutz von Nutzerinnen und Nutzern, Verbraucherinnen und Verbrauchern, muss auch
35 unter den Bedingungen der Digitalisierung weiter gestärkt werden. Eine europäische
36 Regulierung von Medienplattformen und Informations-Intermediären zählt hierzu. Bei der
37 Entwicklung und beim Einsatz von Algorithmen werden wir uns für internationale
38 Ethikstandards einsetzen.

39 Was wir machen:

- 40 ■ **Vorrang für die Privatsphäre der digitalen Welt – Schutz des digitalen Briefgeheimnisses**.
41 Wer im Internet unterwegs ist, soll besser vor unerwünschter Werbung und
42 Nachspionieren („tracking“) geschützt werden. Die Vertraulichkeit unserer elektronischen
43 Kommunikation werden wir zudem besser schützen. Dafür überwinden wir die

- 1 konservativen Widerstände gegen die E-Privacy-Verordnung, so dass der Rat der
2 Ministerinnen und Minister endlich über die Verordnung entscheiden kann.
- 3 ■ **Alltagsgeschäfte auch online anonym bezahlen.** Über die bargeldlose Bezahlung ist das
4 Erstellen von persönlichen Profilen möglich. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen in
5 der Lage sein, bei Alltagsgeschäften online anonym zu bezahlen – in dem Rahmen, in dem
6 dies auch bei Bargeldzahlungen möglich ist.
 - 7 ■ **Pflicht für Transparenz für Online-Marktplätze.** Sie sollen deutlich sichtbar machen, welche
8 Kriterien für die Sortierung von Suchergebnissen zugrunde gelegt werden, insbesondere
9 auch darüber, ob Provisionen fließen. „Bezahlte Platzierungen“ müssen klar erkennbar sein.
 - 10 ■ **Verbraucher stärken gegen aggressive Werbung und Irreführung.** Wir wollen, dass
11 Verbraucherinnen und Verbraucher ein Recht auf Schadensersatz und auf
12 Vertragsauflösung gegenüber Unternehmen bekommen, die mit unlauteren Methoden
13 Werbung betreiben.
 - 14 ■ **Gemeinsam Recht bekommen.** Wir wollen die Durchsetzung von Ansprüchen auf
15 Schadensersatz, Minderung oder anderer Gewährleistungsrechte weiter stärken. Dafür soll
16 Europa die Mitgliedsstaaten dabei unterstützen, kollektive Folgenbeseitigungsklagen oder
17 behördliche Folgenbeseitigungsverfügungen einzuführen.
 - 18 ■ **Bußgelder mit Abschreckungswirkung bei Verstößen gegen Verbraucherrechte.** Strafen
19 gegen Konzerne wegen der Verletzung der Rechte von Verbraucherinnen und Verbraucher
20 sind heute oft nicht wirksam. Deshalb soll zukünftig neben der Schwere des Verstoßes auch
21 der Umsatz eines Unternehmens für die Höhe eines Bußgeldes eine Rolle spielen.
 - 22 ■ **Anreize schaffen für sicherer Software und IT-Sicherheit.** Wir wollen ökonomische Anreize
23 für die Herstellung bei digitalen Gütern und Dienstleistungen schaffen. Es muss zudem
24 sichergestellt werden, dass erkannte Fehler und Schwachstellen beseitigt werden.
 - 25 ■ **Herstellerhaftung auch für Programmierfehler und unzureichenden Verschlüsselungen.** Die
26 Produkt- und Herstellerhaftung passen wir so an, dass auch Schäden aufgrund von
27 Programmierfehlern oder unzureichenden Verschlüsselungen oder mangelnder IT-
28 Sicherheit wie Schäden aufgrund von Produktionsfehlern behandelt werden.

29 VII. Umwelt schützen und Mobilität fördern

30 Eine der größten Herausforderung und auch Verantwortung für Europa liegt im Klimaschutz.
31 Die Industrialisierung hat unserem Kontinent Wohlstand und Fortschritt gebracht. Sie hat aber
32 auch maßgeblich die Ursachen für die Klimaerwärmung gesetzt. Ein Prozess der bis heute
33 andauert mit global-katastrophalen Folgen: Lebensräume werden zerstört, für viele Menschen
34 wird der Klimawandel zur Fluchtursache. Auch für die Tier- und Pflanzenwelt ist die Bedrohung
35 enorm. Unmissverständlich hat der Hitzesommer 2018 gezeigt, der Klimawandel findet auch
36 bei uns statt, nicht nur woanders. Wir sind die einzige Generation, die die Folgen des
37 Klimawandels erkennt und womöglich noch ein kleines Zeitfenster hat, ihn einzudämmen.
38 Gemeinsam müssen wir diese letzte Chance für die Welt und Europa nutzen.

39 Das bedeutet vor allen, dass wir in der Energiegewinnung schnell umdenken müssen. Wir sind
40 mit unserer modernen Industrie zwingend auf eine stabile und sichere Versorgung
41 angewiesen. Gleichzeitig muss umgehend der Ausstoß mit klimaverändernden Schadstoffen
42 drastisch reduziert werden. Der von uns in Deutschland mitinitiierte Ausstieg aus der
43 Braunkohle war deshalb ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist eine große
44 Verantwortung, den davon betroffenen hart arbeitenden Kolleginnen und Kollegen in den

1 Revieren jetzt eine sichere Existenz zu geben - für sich und ihre Familien. Das gleiche gilt für die
2 betroffenen Unternehmen und Regionen. Wir können gemeinsam beweisen, dass
3 Gewährleistung der Energiesicherheit für einen industriellen Hightech-Standort und der
4 Verzicht auf klimaschädliche Gase gleichzeitig möglich sind. Wir eröffnen der europäischen
5 Wirtschaft damit Chancen eine Innovationskraft zu entwickeln, die sie auch auf Jahrzehnte auf
6 dem Weltmarkt konkurrenzfähig halten wird.

7 Damit verbunden ist die Zukunft der Mobilität in Europa. Ohne Mobilität ist die Teilhabe an der
8 Gesellschaft nicht möglich. Mobilität gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Sie ist
9 deshalb auch ein Teil der Daseinsvorsorge. Dabei steigt das Verkehrsaufkommen in Europa
10 stetig. Immer mehr Menschen fahren zu ihrem Arbeitsplatz, immer mehr Pakete werden
11 ausgeliefert, immer mehr Kinder werden zur Schule gefahren. Schon jetzt sind die Folgen
12 ständiger Stau und Verkehrslärm, eine zu hohe Luftverschmutzung und letztendlich
13 Klimabelastung. Gemeinsam können wir für eine moderne Mobilitätspolitik sorgen, die
14 sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen gerecht wird.

15 Wir wollen frische Luft, fruchtbare Böden, sauberes Wasser, eine vielfältige Tier- und
16 Pflanzenwelt sowie gesunde Lebensmittel– und zwar für die heutige wie für alle zukünftige
17 Generationen. Das ist das Ziel unserer Umweltpolitik. Für ein sozialeres Europa spielt
18 Umweltgerechtigkeit gerade im Hinblick auf die zunehmende soziale Polarisierung eine
19 entscheidende Rolle: Die Erfolge im Umweltschutz müssen allen Menschen zugutekommen.
20 Umweltgerechtigkeit heißt demnach auch, dass ökonomische Raubbau auf Kosten der Umwelt
21 und damit auf Kosten der Allgemeinheit nicht mehr möglich ist. Dabei spielt die Zukunft der
22 Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass der
23 Umweltschutz verbessert und die Versorgung mit nachhaltigen Lebensmitteln gesichert wird.

24 **1. Klima schützen und saubere Energie sichern**

25 Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und
26 setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Die
27 Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie sichern wir und wollen so weltweit
28 Standards im Bereich Klima- und Umweltschutz setzen.

29 Was wir machen:

- 30 ■ **Stärkere Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung:** Um das Ziel des Pariser-Abkommens
31 zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf 45
32 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der
33 Treibhausgasneutralität bis 2050.
- 34 ■ Wir wollen weiterhin **ambitionierte Schritte zur Umstellung des Energiemixes** hin zu mehr
35 erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört das Funktionieren des
36 europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines
37 CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind.
- 38 ■ **Den Europäischen Energiebinnenmarkt durch Ausbau der Infrastruktur stärken.** Er fördert
39 die Versorgungssicherheit beim Ausbau erneuerbarer Energien. Das Ziel müssen weiterhin
40 einheitliche Preiszonen für Strom und Gas in ganz Europa sein.
- 41 ■ **Einen Fonds für faire Transformation auflegen:** Wirtschaftszweige, in denen die
42 Beschäftigten, Unternehmen und ganze Regionen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel
43 stehen, müssen europaweit durch industrie- und sozialpolitische Investitionen unterstützt
44 werden.

- 1 ▪ Finanzinstitute sollen in ihr **Risiko-Management** die Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelange
2 wie auch Klimarisiken integrieren.
- 3 ▪ Das **Verbot von Plastikartikeln** wird ausgeweitet und die Recyclingquote in der
4 Verpackungsrichtlinie erhöht.

5 **2. Die Zukunft der Mobilität europäisch regeln**

6 Mobilität und Verkehr ist für die Teilhabe an der Gesellschaft unabdingbar. Europa ist als
7 bedeutender Wirtschafts- und Industriestandort auf leistungsfähige Verkehrswege und
8 intelligente Mobilitäts- und Logistikkonzepte angewiesen. Für uns muss eine moderne
9 Mobilitätspolitik sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Der
10 Markt ist alleine nicht in der Lage, eine gute und ökologisch nachhaltige Verkehrsinfrastruktur
11 sicherzustellen.

12 Was wir machen:

- 13 ▪ **Europäische Verkehrsachsen stärken und ausbauen.** Die Straßen- und die Schienenwege
14 müssen überall in der EU verbessert werden. Das gilt auch für strategische Investitionen in
15 die Zwischenverbindungen (sogen. Bypass-Verbindungen), um Hauptachsen zu entlasten.
- 16 ▪ Wir wollen die **Gleichberechtigung von Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, neuen**
17 **Mobilitätsangeboten und motorisiertem Individualverkehr.** Den Nachholbedarf in der
18 Entwicklung der Infrastruktur für den ÖPNV, den Fuß- und Radverkehr wollen wir
19 schrittweise beseitigen.
- 20 ▪ **Förderung urbaner sauberer Mobilitätskonzepte** Der Individualverkehr darf nicht weiter der
21 alleinige Maßstab für die Mobilität darstellen. In Europa gibt es viele vorbildliche Städte, in
22 denen es einen kostenlosen bzw. deutlich kostengünstigen und ökologisch orientierten
23 Nahverkehr gibt.
- 24 ▪ **Eine Verkehrswende einleiten:** Neben ambitionierten Grenzwerten wollen wir eine
25 verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien und
26 Produktionsprozesse. Zudem starten wir eine Infrastrukturoffensive für die Elektrifizierung,
27 Vernetzung und Nutzerfreundlichkeit aller Verkehrsträger.
- 28 ▪ **Mehr Kooperation statt Wettbewerb auf der Schiene in Europa beim**
29 **Schienepersonenfernverkehr.** Außerdem muss sichergestellt werden, dass die
30 Mitgliedsstaaten einheitliche Tarife, Qualitätsstandards, Taktfahrpläne und
31 Vertriebssysteme organisieren können.
- 32 ▪ **Die Zersplitterung des europäischen Eisenbahnverkehrs beenden.** Die gravierenden
33 Nachteile für die Fahrgäste bei Fahrkartenkauf und Fahrgastrechten müssen beseitigt
34 werden. Eine Neufassung der Fahrgast-Verordnung muss die Nachteile, die den Fahrgästen
35 durch den Wettbewerb entstehen, überwinden
- 36 ▪ **Den Einsatz alternativer Kraftstoffe stärker nutzen.** Wir nutzen alle Möglichkeiten
37 alternativer Kraftstoffe für den Einsatz in Antriebstechnologien und
38 Mobilitätsdienstleistungen, damit Europa weiter mit an der Spitze des weltweiten
39 technischen Fortschritts und der Innovationen bleibt. Die **Wasserstofftechnologie soll als**
40 **europäisches Projekt weiterentwickelt werden.**
- 41 ▪ Wir wollen, dass die europäisch vereinbarten Grenzwerte für Verbrennungsantriebe bei
42 PKWs und LKWs zu **Innovation in der Antriebstechnologie** führen. Europa hat nicht

1 umsonst eindeutige Grenzwerte für Emissionen vereinbart. Das ist eine Grundlage, um
2 neue marktfähige Angebote zu entwickeln. Diese können weltweit vermarktet werden.

- 3 ■ **Transformation der Leitbranche Automobil begleiten und gestalten** Wir wollen durch eine
4 aktive und strategische Industriepolitik dafür sorgen, dass die Branche neue
5 Geschäftsmodelle und Angebote entwickelt. Europa darf dabei nicht ins Hintertreffen
6 geraten und muss weiter seine Technologiefähigkeit unter Beweis stellen.

7 **3. Umwelt schützen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern**

8 Wir wollen den Umweltschutz in Europa voranbringen. Es geht um den existentiellen Zugang
9 zu sauberem Wasser, um fruchtbare und gesunde Böden und eine vielfältige Tier- und
10 Pflanzenwelt. Dazu gehört auch der Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft – wir wollen
11 nachhaltige Produkte, weniger überflüssige Verpackungen und hochwertiges Recycling.
12 Landwirte erhalten Kulturlandschaften, schützen natürliche Lebensgrundlagen und tragen zur
13 nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume bei. Wir wollen sie auch weiterhin
14 unterstützen. Tier-, Natur- und Klimaschutz, die Erwartungen der Verbraucherinnen und
15 Verbraucher sowie die Wahrung sozialer Standards müssen jedoch in Zukunft stärker die
16 Grundlage für die Förderung der europäischen Landwirtschaft sein.

17 Was wir machen:

- 18 ■ **Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellen.** Wir fordern die Reform der Gemeinsamen
19 Agrarpolitik der EU (GAP). Ziel ist nicht die Kürzung der Agrarförderung, sondern deren
20 Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen
21 Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen. Dabei ist die Größe des
22 Betriebes unerheblich
- 23 ■ **Den Entzug von Subventionszahlungen** für Betriebe, die soziale, ökologische und
24 arbeitsrechtliche Kriterien nicht einhalten.
- 25 ■ **Schluss mit dem Einsatz von Glyphosat.** In ganz Europa muss nach 2023 endlich Schluss
26 sein mit dem Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Pflanzengiften. Sie töten in
27 kurzer Zeit viele Wildpflanzen und zerstören die Nahrungsgrundlage für Vögel und
28 Insekten. Auch weitere Neonikotinoide, die nicht vom jüngsten EU-Verbot betroffen sind,
29 gehören auf den Prüfstand.
- 30 ■ **Gegen landwirtschaftliche Großkonzerne:** Wir wollen der Konzentration von Agrarland in
31 der Hand landwirtschaftlicher Großkonzerne oder außerlandwirtschaftlicher Investoren
32 wirkungsvoll entgegenzutreten.
- 33 ■ **Nachhaltige europäische Exportpolitik.** Die Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit
34 der Nachhaltigkeit in Europa und den Exportmärkten stehen. Wir lehnen eine
35 landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt
36 ausrichtet.
- 37 ■ **Dem Verlust der biologischen Vielfalt wollen wir ein Ende bereiten.** Ein eigenständiger EU-
38 Naturschutzfonds soll Landnutzern und -nutzerinnen wie z.B. landwirtschaftlichen
39 Betrieben finanzielle Anreize für mehr Naturschutz geben.
- 40 ■ **Mehr Tierschutz in Europa.** Wir wollen eine neue europäische Tierschutz-Strategie
41 erarbeiten und umsetzen. Dazu gehört auch ein verbesserter Schutz bei Tiertransporten
42 und ein Verkaufsverbot von Haustieren im Internet.

- 1 ▪ **Engagiertes Vorgehen gegen überflüssiges Plastik und die Vermüllung der Ozeane.** Hierfür
2 verfolgen wir das Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung der Plastikmüllinträge bis zum
3 Jahr 2030. Das ist nur durch ambitionierte Maßnahmen der Ressourcenschonung und
4 Müllvermeidung, der Abfallbewirtschaftung und der ökologischen Produktentwicklung zu
5 schaffen. Hierfür werden wir uns bei der Ausgestaltung der EU-Plastikstrategie einsetzen.
6 Plastikartikel, die nur einmal gebraucht und dann weggeworfen werden, sowie
7 Mikroplastik in Kosmetika wollen wir europaweit verbieten.

VIII. Friedensmacht Europa stärken

9 Die Weltordnung, die wir gekannt und an die wir uns gewöhnt haben, besteht nicht mehr.
10 Jahrzehntelange Allianzen werden im Twitter-Takt in Frage gestellt. Russlands Angriffe auf
11 Völkerrecht und Staatensouveränität, die egoistische Politik des „America First“, genauso wie
12 die aggressive wirtschaftliche Expansion Chinas verunsichern die Welt.

13 Wir streben eine Europäische Souveränität an, die es Europa ermöglicht als aktiver Akteur auf
14 der Weltbühne für seine Werte und Lebensweise einzustehen. Europa darf nicht zum Spielball
15 anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen können.

16 70 Jahren lang traten die USA ein für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in Europa. In dieser
17 Zeit profitierten wir wie kaum ein anderes Land von der Europäischen Integration und der
18 Einbindung in die transatlantische Gemeinschaft.

19 Die Dringlichkeit, mit der wir die Kraft Europas in der Welt bündeln müssen, ist heute größer
20 denn je. Die Kündigung des INF-Abrüstungsabkommens ist ein schwerer Schlag für die
21 internationale Rüstungskontrollpolitik und ein schlechtes Vorzeichen für die Sicherheit in der
22 Welt. In den sechs Monaten der Suspendierung des Abkommens bis zu dessen endgültigem
23 Aus wollen wir alles unternehmen, um Russland zu einer Rückkehr zur Vertragstreue zu
24 bewegen und die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, zu dem Abkommen
25 zurückzukehren.

26 Das drohende Scheitern des INF-Abkommens deutet aber auch auf ein viel größeres Problem
27 hin: immer mehr Staaten rüsten auf und wir haben keine ausreichenden internationalen
28 Regelungen um Rüstungswettläufe zu verhindern. Vertragsgestützte Abrüstung,
29 Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung müssen wieder in den Mittelpunkt unserer Politik
30 gerückt werden. Wir wollen in der Rüstungskontrolle die bestehenden Abkommen erhalten
31 und möglichst viele Staaten in neue Abkommen einbinden. Außerdem müssen wir
32 internationale Regeln für die Waffensysteme der Zukunft schaffen: Dazu gehören Letale
33 Autonome Waffensysteme, Hyperschallwaffen, Cyber-Instrumente und der mögliche
34 Missbrauch von Biotechnologie. Unsere Position ist klar: Wir wollen keine neue
35 Aufrüstungsspirale. Eine Stationierung nuklearer landgestützter Mittelstreckenwaffen in
36 Europa kann nicht die Antwort sein.

37 Die Sicherung des Friedens, die soziale Gestaltung der Globalisierung, der Klimawandel, die
38 Ursachen von Flucht und Vertreibung – zu diesen weltweiten Herausforderungen kann Europa
39 mit der vereinten Kraft seiner 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger einen entscheidenden
40 Beitrag leisten. Wir wollen, dass Europas Fahne das neue Banner der freien Welt bleibt.
41 Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass Europa zusammen mit anderen Partner sein ganzes
42 politisches Gewicht einbringt und eine friedliche, gerechte und regelbasierte internationale
43 Ordnung fortentwickelt. Hierfür brauchen wir Mut und politische Klarheit in Europa, um ein
44 Gegengewicht zu Nationalismus und Abschottung der Populisten zu bilden Gemeinsame
45 Außenpolitik stärken und für eine Politik der Abrüstung

1 Willy Brandt, Egon Bahr, Olaf Palme, François Mitterrand...Wir sind die Partei des Dialogs und
2 Ausgleichs, der Suche nach gemeinsamen Interessen sowie des mutigen Voranschreitens für
3 Gerechtigkeit und Demokratie. Unsere EU-Außenpolitik basiert auf der Einhaltung der
4 Menschenrechte mit einem besonderen Augenmerk auf Frauenrechte und die Gleichstellung
5 der Geschlechter. Angesichts von Kriegsgefahren, Kriegen und Krisen sind hierfür die
6 Herausforderungen deutlich gestiegen. Europa kann sich seiner eigenen Kraft besinnen – und
7 seine Eigenständigkeit unter Beweis stellen. Europa muss sich stark machen für das
8 internationale Recht, für multilaterale Lösungen, für Abrüstung und Frieden sowohl in Europa
9 als auch in anderen Regionen der Welt.

10 Was wir machen:

- 11 ■ Europa muss alles daransetzen, das **internationale Abrüstungsregime vor dem Kollaps zu**
12 **bewahren**. Die noch verbleibende Zeit muss genutzt werden, um den INF-Vertrag zum
13 Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen trotz der Kündigung durch US-
14 Präsident Trump möglichst doch noch zu retten. Auch werden wir keinen Zweifel daran
15 lassen, dass wir ein neues atomares Wettrüsten strikt ablehnen: keine neuen Atomwaffen
16 in Deutschland und Europa!
- 17 ■ Europa wird in der Welt durch einen **europäischen Außenminister / eine Außenministerin**
18 vertreten. Das Amt des „Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“
19 wollen wir fortentwickeln. Wer mit Europa verhandeln will, muss wissen mit wem er es zu
20 tun hat.
- 21 ■ **Das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen wird abgeschafft**. Der
22 Rat der europäischen Außenministerinnen und Außenminister soll mit Mehrheit
23 entscheiden können. Es muss ein Ende haben, dass Mitgliedstaaten sich
24 auseinanderdividieren lassen und sich Europa damit außenpolitisch lähmt.
- 25 ■ Europa strebt gemeinsam einen **Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN)** an. Die
26 deutsche Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2019 und 2020 wollen wir als europäische
27 Mitgliedschaft gestalten.
- 28 ■ **Initiative für eine neue Nord-Süd Strategie**. Wir wollen, dass die Beziehungen und
29 gemeinsamen Interessen der Industrie- und der Entwicklungsländer, vor allem auf dem
30 afrikanischen Kontinent, in beiderseitigem Interesse neu aufeinander abstimmt werden.
31 Diese Initiative soll Teil einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik werden.
- 32 ■ Zur Stärkung der zivilen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fordern wir ein neues **ziviles**
33 **„Europäisches Stabilisierungscorps“**. Alle Mitgliedstaaten entsenden dafür Expertinnen und
34 Experten für demokratischen Staatsaufbau, Etablieren von Rechtsstaatlichkeit und-
35 ordnung und Ausbildung von Sicherheitskräften. Wir wollen ferner die Internationalen
36 Polizeimissionen ausweiten, damit die Polizei mit ihrer Expertise und ihren Fähigkeiten
37 dazu beitragen kann, dass kriegerische Konflikte außerhalb Europas friedlich gelöst werden
38 können. Im besten Fall können so auch rechtsstaatliche Strukturen gefördert und damit
39 letztlich auch Fluchtursachen vor Ort bekämpft werden.
- 40 ■ Unsere **Entwicklungszusammenarbeit hat die Befähigung zu stabiler Staatlichkeit sowie**
41 **eigenständiger sozialer, nachhaltiger und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit** zum Ziel. Eine
42 Zweckentfremdung der Mittel, etwa um ausschließlich auf Migrationsbewegungen Einfluss
43 zu nehmen, lehnen wir genauso ab, wie das Einsetzen von Entwicklungsgeldern für
44 militärische Zwecke. Europa soll vielmehr eine Vorreiterrolle einnehmen bei der Umsetzung
45 der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs). Ziel Nummer fünf,
46 die Gleichstellung der Geschlechter, ist dabei für uns ein durchgängiges Prinzip. Wir stehen

1 weiterhin zum Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche
2 Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen.

- 3 ■ Eine **gemeinsame parlamentarisch kontrollierte europäische Armee**. Gerade in Anbetracht
4 des Wiedererstarkens von Nationalismus ist sie eine innere Friedenssicherung. Wir setzen
5 auf europäische Synergie, die eine effektive Konzentration der Verteidigungskräfte
6 ermöglicht und damit eine generelle Erhöhung der Rüstungsausgaben unnötig macht. Der
7 Einsatz darf nur durch das Europäische Parlament genehmigt werden. Ein neu zu
8 schaffender Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament sichert die Kontrollrechte
9 der Abgeordneten und begleitet parlamentarisch den Prozess der Integration der
10 europäischen Streitkräfte.
- 11 ■ **Synergien statt pauschaler Erhöhung der Rüstungsausgaben und restriktive**
12 **Exportkontrolle**. Wir lehnen die pauschale Erhöhung der Rüstungsausgaben ab.
13 Gleichzeitig wollen wir unsere Soldatinnen und Soldaten mit moderner Ausrüstung
14 versorgen. Dafür setzen wir auch hier auf europäische Synergie durch den Aufbau einer
15 gemeinsamen Beschaffungspolitik. Dafür führen wir auch eine gemeinsame restriktive
16 Kontrolle von Rüstungsexporten ein, die durch ein parlamentarisches Kontrollgremium
17 mitüberwacht wird und Verstöße hart sanktioniert. Wir wollen keine Rüstungsexporte in
18 Krisengebiete und Diktaturen.
- 19 ■ **Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**
20 **stärken**. Die OSZE wollen wir als Instrument der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung
21 stärken und weiterentwickeln. Gerade auch in diesem Rahmen gilt es eine neue
22 europäische Ostpolitik zu entwickeln. Trotz aller Rückschläge und Probleme im Verhältnis
23 zu Russland ist klar: Dauerhafter Frieden in Europa ist nicht gegen, sondern nur mit
24 Russland möglich. Deshalb ist es wichtig, trotz Differenzen im Dialog zu bleiben.

25 4. Mit fairer Handelspolitik Globalisierung sozial gestalten

26 Ein fairer offener Welthandel ist die Grundlage für eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Er
27 ist auch Garant für Frieden, Stabilität und Grundlage funktionierender Staatlichkeit. Europa
28 muss treibende Kraft sein, die Verflechtung des Welthandels sozial, ökologisch und transparent
29 zu gestalten.

30 Was wir machen:

- 31 ■ **Schutz der Arbeitsplätze vor Handelsstreitigkeiten**. Ein starkes Europa ist für uns Garant
32 dafür, die europäische und auch die deutsche Industrie gegen unfaire Handelspraktiken zu
33 schützen. Sei es Billig-Stahl aus China oder US-Strafzölle – wir schützen die heimischen
34 Arbeitsplätze mit effektiven Handelsschutzinstrumenten.
- 35 ■ **Kein Zwang zur Privatisierung und Deregulierung der öffentlichen Güter**. Unser
36 sozialdemokratisches Grundverständnis ist, dass die öffentliche Daseinsvorsorge durch
37 internationale Handelsabkommen nicht ausgehöhlt werden darf.
- 38 ■ **Handelsabkommen mit verbindlichen sozialen und ökologischen Standards**. Wir werden
39 uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Handelsabkommen bindende Kapitel zur
40 nachhaltigen Entwicklung enthalten. Internationale Vereinbarungen wie die
41 Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder das COP21-
42 Klimaabkommen müssen umgesetzt werden. Bei ihrer Verletzung sollen Sanktionen
43 greifen.

- 1 ▪ **EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“**. Wir wollen einen EU-
2 Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“ in der Verantwortung der
3 Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration verankern. Alle Mitgliedsstaaten
4 sollen verpflichtet werden, in nationalen Aktionsplänen verantwortliches
5 Unternehmenshandeln in globalen Lieferketten zu stärken.
- 6 ▪ Die Europäische Union muss sich als Ganze der **Bekämpfung von Menschenhandel,**
7 **Zwangsarbeit, schwerwiegenden Arbeitsunfällen und Kinderarbeit** verschreiben und die
8 Initiative Alliance 8.7 gemeinsam unterstützen.

9 **5. Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik humanitär und solidarisch**

10 Flucht und Vertreibung nehmen weltweit zu und machen an den Grenzen Europas nicht halt.
11 Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedstaaten Europas
12 ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und
13 Zuflucht bieten. Europa muss Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Wir wollen
14 legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen, als Grundlage einer geordneten Zuwanderung.

15 Was wir machen:

- 16 ▪ Eine **Reform des Dublin-Systems**, die Kriegsflüchtlinge schützt und das Recht auf Asyl
17 vollumfänglich gewährt. Das Asylrecht ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die
18 solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf diejenigen Staaten mit einer
19 Außengrenze verlagert werden. Deshalb sind bei der Reform Regeln zur Verteilung
20 ankommender Menschen (relocation) unverzichtbar.
- 21 ▪ **Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren** und gemeinsames Handeln bei
22 der Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern. Der Anreiz für
23 freiwillige Rückkehr soll mit finanziellen Hilfen für den Neustart im Herkunftsland erhöht
24 werden.
- 25 ▪ **Einführung eines europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds**. Städte
26 und Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, sollen bei den
27 Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten
28 finanziell unterstützt werden. In Multi-Stakeholder Beiräten sollen die Bürgerinnen und
29 Bürger dabei über die Aufnahme von Flüchtlingen mitbestimmen.
- 30 ▪ **Mehr europäische Regeln für legale Zuwanderung schaffen**. Um das Sterben auf dem
31 Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten zu beenden, brauchen wir einheitliche und
32 einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa. Als Vorbild kann hier die
33 deutsche Regelung für eine vereinfachte Arbeitsmigration für den Westbalkan dienen.
- 34 ▪ **Konzept für humanitäre Visa erstellen**. Für Schutzsuchende wird der Weg nach Europa oft
35 zum Grab. Wir wollen, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ein
36 Konzept für gemeinsame europäische humanitäre Visa vorlegt im Rahmen einer
37 vorbehaltlich legalen Zuwanderung.
- 38 ▪ **Europäische Seenotrettung**. Alle Mitgliedstaaten haben ihren Beitrag für eine
39 leistungsfähige Seenotrettung im Mittelmeer zu leisten. Private Hilfsorganisationen dürfen
40 nicht kriminalisiert werden, sie sollen aufgenommene Flüchtlinge unmittelbar in
41 europäische Häfen ausschiffen dürfen.
- 42 ▪ **Mit fairer Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit**
43 **Fluchtursachen bekämpfen**. Immer mehr Menschen sind zur Flucht aus ihrer Heimat
44 gezwungen, weil sie sich und ihre Familien nicht mehr ernähren können. Mit einer fairen

- 1 Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie einer wirkungsvollen
2 Entwicklungszusammenarbeit, die soziale und ökologische Ziele mit wirtschaftlichen Zielen
3 gleichsetzt, wollen wir Fluchtursachen bekämpfen.
- 4 ■ Schutz der europäischen Außengrenzen vor illegaler Zuwanderung und konsequente
5 **Bekämpfung von Schlepperbanden** und von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen
6 und Arbeitsausbeutung, um vor allem Kinder und Frauen zu schützen.

7 IX. Mehr Vertrauen in Europas Demokratie und Institutionen

8 Europa braucht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine starke, funktionierende
9 Demokratie. Sie muss dringend bürgernäher und noch verständlicher werden. Dieses Vertrauen
10 gewinnen wir nur, wenn die Entscheidungsfindung in Europa mehr Mitsprache ermöglicht, gute
11 Ergebnisse und den sozialen Fortschritt für alle bringt. Das Herzstück der europäischen Politik
12 muss das Voranbringen des europäischen Einigungsprojektes sein. Wir wollen deshalb die
13 europäische Demokratie und die Gemeinschaftsinstitutionen stärken, denn sie sind die
14 Garanten dafür, dass nicht nationale Egoismen, sondern das gemeinsame europäische Interesse
15 im Vordergrund steht.

16 Bürgerinnen und Bürger sollen mitentscheiden, das Parlament muss stärker werden und eine
17 europäische Öffentlichkeit soll über politische Entscheidungen streiten. Damit legen wir die
18 Grundlage für einen friedlichen Kontinent, der Demokratie lebt und der nicht gegeneinander,
19 sondern miteinander handelt. So tragen wir das große Erbe Europas ins 21. Jahrhundert.
20 Zukünftige Generationen sollen dann nicht nur wie Europäerinnen und Europäer reisen, sondern
21 selbstverständlich wie Europäer fühlen, denken und leben.

22 1. Ein starkes Europäisches Parlament

23 Das Europäische Parlament ist der zentrale Ort für die Vertretung der Menschen in Europa, für
24 politische Debatten und Entscheidungen. Seit 40 Jahren wird es alle fünf Jahre direkt von den
25 Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Als Vertretung dieser ist es endlich an der Zeit, dass
26 das Europäische Parlament auf gleicher Höhe mit dem Rat der Ministerinnen und Minister steht.
27 Eine Augenhöhe, die sich auch beim Thema Transparenz widerspiegeln muss. Wir setzen uns
28 dafür ein, dass das Parlament die Vielfalt Europas repräsentiert und dazu gehört für uns auch
29 ein starkes Signal für die Gleichstellung von Frauen in Europa. Europawahlen müssen tatsächlich
30 europäisiert und europäische Parteien gestärkt werden.

31 Was wir machen:

- 32 ■ **Echte europäische Spitzenkandidatinnen und -kandidaten.** Wir wollen mehr
33 europapolitische Debatten. Wir wollen Europawahlen mit europäischen Themen und mit
34 europäischen Parteien. Die Wählerinnen und Wähler sollen einfacher erfahren können,
35 welche Partei im Europäischen Parlament für welche Inhalte steht. Dazu leistet der
36 pointierte politische Wettstreit der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten um das Amt des
37 Kommissionspräsidenten, der -präsidentin einen wichtigen Beitrag.
- 38 ■ **Die Einführung von europäischen Wahllisten.** Europawahlen sind zurzeit 28 nationale
39 Wahlen für das Europäische Parlament. Europäische Spitzenkandidaten sollen nicht nur in
40 ihren Mitgliedsstaaten gewählt werden können so wie heute. Sondern in allen
41 Mitgliedsstaaten. Dafür führen wir ein Zweistimmen-Wahlsystem ein: Eine Stimme für
42 eine transnationale Liste, die von der europäischen Spitzenkandidatin oder Spitzenkandidat
43 angeführt wird, die sich um die Präsidentschaft der Europäischen Kommission bewerben.

1 Mit der zweiten Stimme wählen sie die Kandidatinnen und Kandidaten auf der nationalen
2 Liste für das Europäische Parlament.

- 3 ■ **Gesetzesinitiativrecht des Europäischen Parlaments.** Wir wollen, dass die europäischen
4 Volksvertreterinnen und Volksvertreter selbst Initiativen starten können für
5 Gesetzesvorhaben. Bisher beschränkt sich das Initiativrecht des Europäischen Parlaments
6 auf die Möglichkeit, die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags aufzufordern. Nur die
7 Europäische Kommission hat das Recht EU-Gesetzesvorschläge auf dem Weg zu bringen.
- 8 ■ **Mehr Transparenz durch verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen.** In Europa
9 gibt es lange Transparenz darüber, welche Verbände, Firmen und Vereine im Europäischen
10 Parlament versuchen ihren Einfluss geltend zu machen. Dieses Transparenzniveau wollen
11 wir für alle EU-Institutionen. Damit wollen wir auch Vorbild sein für Regelungen in den
12 Mitgliedstaaten.
- 13 ■ **Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat verstärken.** Europa muss
14 noch an vielen Stellen zu deutlich schnelleren und effizienteren Entscheidungen kommen.
15 Zu oft gilt noch das Prinzip der Einstimmigkeit. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit
16 Europas gelähmt. Künftig sollen wichtige Gesetzgebungen nicht mehr durch einzelne
17 Mitgliedstaaten blockiert werden können.

18 2. Die europäische Öffentlichkeit stärken und Teilhabe an der Demokratie fördern

19 Um mehr Interesse an Europa zu wecken, müssen die Bürgerinnen und Bürger sich eine
20 Meinung bilden sowie Entscheidungen nachvollziehen und an europäischen Debatten und
21 Prozessen teilhaben können. Dazu müssen sie wissen, welche Institution, welche
22 Mitgliedstaaten und welche Abgeordnete verantwortlich sind und wofür sie stehen. Eine
23 unabhängige und europäische Berichterstattung soll die Verhandlungen kritisch begleiten und
24 Dialoge über Grenzen ermöglichen. Eine aktive europäische Zivilgesellschaft ist die Brücke zu
25 den Bürgerinnen und Bürgern. Ihre Beteiligung war nie wichtiger als heute - ist die Europäische
26 Union doch unter gewaltigem Druck von innen und von außen. Zivilgesellschaftliches
27 Engagement ist für die europäische Integration unerlässlich. Europas Bürgerinnen und Bürger
28 müssen nicht nur besser über „ihr“ Europa informiert werden. Sie brauchen Beteiligung über
29 ihre europäischen Netzwerke und müssen in einen regelmäßigen Dialog einbezogen werden.

30 Was wir machen:

- 31 ■ **Das Wahlrecht mit 16 Jahren.** Wie in Deutschland zur Bundestagswahl wollen wir mehr
32 junge Menschen an Wahlen beteiligen. Wir wollen nicht über sie entscheiden, sondern mit
33 ihnen. Dafür senken wir die Altersgrenze, ab der man wählen gehen kann auf 16 Jahre.
- 34 ■ **Europäische Bürgerinitiative stärken.** Mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) können
35 Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission auffordern, eine Gesetzesinitiative zu
36 ergreifen. Wir wollen die Reform der EBI zügig voranbringen. Vor allem wollen wir das
37 Mindestalter für eine Beteiligung auf 16 Jahre absenken.
- 38 ■ **In Gesetzgebungsverfahren mehr auf die europäische Zivilgesellschaft hören.** Wir wollen
39 im europäischen Gesetzgebungsprozess zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Vereine,
40 NGOs, Projekte und Initiativen eine transparente und chancengleiche Einbindung
41 ermöglichen. Uns geht es um einen gleichberechtigten Dialog aller Partner und
42 Partnerinnen.
- 43 ■ **Einführung eines Europäischen Vereinsstatuts.** Mit der Einführung eines europäischen
44 Vereinsstatuts wollen wir für verlässlichere Förderstrukturen sorgen.

- 1 ▪ **Förderung europäischer Medien, um eine wirkliche europäische Öffentlichkeit zu schaffen.**
2 Wir brauchen mehr europäische Öffentlichkeit, um mehr Informationen über Europa und
3 ein stärkeres gemeinsames europäisches Bewusstsein entstehen zu lassen. Darüber hinaus
4 benötigen wir einen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für das 21. Jahrhundert.
5 Hierfür sollte eine attraktive europaweite Plattform für vorhandene öffentlich-rechtliche
6 Inhalte geschaffen und um genuin europäische Inhalte ergänzt werden. Gleichzeitig sollten
7 in europäischer Kooperation überzeugende öffentlich-rechtliche Fernsehangebote auf
8 Russisch, Türkisch und Arabisch entwickelt werden, die sich gleichermaßen an Einwanderer
9 und die Staaten der europäischen Nachbarschaft richten und damit die europäische
10 Wertegemeinschaft befördern.
- 11 ▪ Wir wollen den **Europatag 9. Mai zu einem gemeinsamen europäischen Feiertag**
12 umwandeln.